

# **Ennepe-Ruhr-Kreis**

*Wir werden weniger, älter und bunter*

**Zukünftige Schwerpunkte der Kreisentwicklung  
unter dem Fokus der  
demographischen Entwicklung**

## Inhaltsübersicht

	Seite
<b>1. Vorbemerkung</b>	<b>2</b>
<b>2. Demographische Entwicklung des EN-Kreises im Vergleich</b>	<b>3</b>
<b>3. Auswirkungen des demographischen Wandels und Handlungsbedarf für den Kreis</b>	<b>9</b>
<b>4. Die Handlungsfelder</b>	<b>15</b>
<b>4.1 Statistik / Raubeobachtung</b>	<b>15</b>
<b>4.2 Wirtschaft und Arbeitsmarkt</b>	<b>17</b>
<b>4.3 Mobilität / Verkehr</b>	<b>24</b>
<b>4.4 Siedlungs- und Flächenpolitik / Wohnungsbau</b>	<b>29</b>
<b>4.5 Altenhilfe / Pflege</b>	<b>35</b>
<b>4.6 Gesundheit</b>	<b>43</b>
<b>4.7 Bildung und Qualifizierung</b>	<b>48</b>
<b>5. Weiteres Vorgehen</b>	<b>54</b>

## **ENTWURF**

*Wir werden weniger, älter und bunter*

### **Zukünftige Schwerpunkte der Kreisentwicklung unter dem Fokus der demographischen Entwicklung**

#### **1. Vorbemerkung**

Das Thema des demographischen Wandels - der sich abzeichnenden rückläufigen Bevölkerungszahlen und der gravierenden Verschiebungen in der Altersstruktur - rückt immer stärker in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Dabei werden die Auswirkungen und Folgen dieses grundlegenden gesellschaftlichen Prozesses besonders auf der kommunalen Ebene spürbar. Das ist vielfach Anlass, die kommunalpolitischen Schwerpunkte zu überprüfen und ggf. unter dem Aspekt des demographischen Wandels weiterzuentwickeln. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Erscheinungsformen und Auswirkungen demographischer Entwicklungen in den Kommunen und Regionen unterschiedlich und ungleichzeitig ausfallen, abhängig von Lage- und Raumfaktoren sowie den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der jeweiligen Gebietskörperschaften. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema muss also sehr spezifisch erfolgen.

Ziel des vorliegenden Strategiepapiers ist es, die Auswirkungen des demographischen Wandels und die sich daraus ergebende Handlungserfordernisse systematisch für den Bereich des Ennepe-Ruhr-Kreises aufzubereiten. Das bezieht sich in erster Linie natürlich auf den Kreis selbst mit seinen Zuständigkeiten und Ansatzpunkten, lässt sich aber bei der vorhandenen Gemengelage nicht von Aufgabenfeldern der kreisangehörigen Städte tren-

nen. Dieses Papier soll deshalb auch die Grundlage für einen Diskussions- und Abstimmungsprozess mit den Städten bilden, um gemeinsam das Notwendige und Mögliche zur Bewältigung des demographischen Wandels zu tun.

Mit dem Fokus des demographischen Wandels wird nur ein - aus heutiger Sicht allerdings wesentlicher und vordringlicher - Ausschnitt aus dem komplexen Feld der Kreisentwicklung erfasst. Kreisentwicklung kann und muss daneben aus anderen Blickwinkeln - etwa dem der Nachhaltigkeit oder dem des wirtschaftlichen Strukturwandels - angegangen werden. Die hier vorgenommene Schwerpunktsetzung und Beschränkung nimmt deshalb bewusst in Kauf, dass weitere - für die Entwicklung dieses Raumes ebenfalls wesentliche - Themenfelder nicht einbezogen werden; sie sind in anderem Rahmen zu behandeln.

## **2. Demographische Entwicklung des EN-Kreises im Vergleich**

Die Bevölkerungsentwicklung in einem Raum, wie ihn der Ennepe-Ruhr-Kreis darstellt, folgt grundsätzlich den Trends, die sich bundes- und landesweit auswirken, dies wird aber durch regionale Besonderheiten nochmals deutlich überlagert. In der Bundesrepublik war die Einwohnerzahl in den 70er und 80er Jahren erstmals durch Stagnation bzw. leichte Rückgänge geprägt. Diese Entwicklung wurde durch die Öffnung der Grenzen in Mittel- und Osteuropa abrupt beendet. In der ersten Hälfte der 90er Jahre stieg nahezu überall im Lande die Bevölkerungszahl durch großräumige Zuwanderungen stark an. Seit der Jahrtausendwende ist diese Sonderentwicklung abgeschlossen und es setzt sich wieder der langfristige Trend von zunächst Stagnation, dann aber zunehmenden Rückgängen der Einwohnerzahl durch.

Die Übersicht in der folgenden Tabelle macht für den Zeitraum ab 1990 deutlich, dass für den Ennepe-Ruhr-Kreis besondere Bedingungen dieses Muster überlagern. Insbesondere durch den mit massivem Verlust von Industriearbeitsplätzen verbundenen wirtschaftlichen Strukturwandel war die Bevölkerungsentwicklung bereits seit 1970 deutlich negativ. Zu Beginn der 90er Jahre stieg durch die Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa die Einwohnerzahl kurzfristig stark an; im Jahr 1994 erreichte der Kreis mit gut 353.000 Einwohnern einen zwischenzeitlichen Höchststand. Seitdem sinkt die Einwohnerzahl wieder mit Tendenz zur Beschleunigung des Rückgangs.

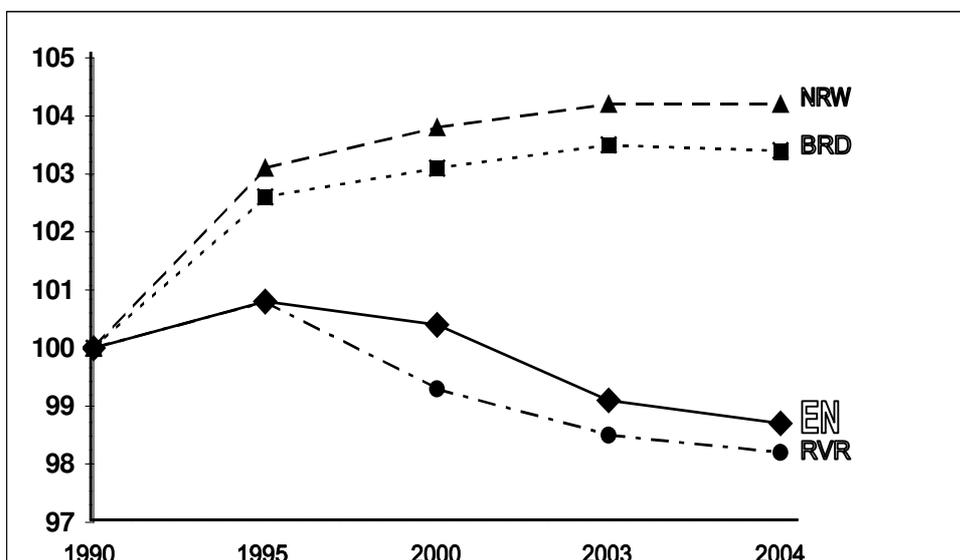
Bevölkerungsentwicklung im EN-Kreis (31.12.)

	1990	1995	2000	2003	2004	Veränderung 1995-2004 (in %)
<b>Breckerfeld</b>	8.318	8.892	9.108	9.223	9.343	+5,1
<b>Ennepetal</b>	34.270	34.224	33.725	32.871	32.679	-4,5
<b>Gevelsberg</b>	33.217	33.769	33.621	32.990	32.857	-2,7
<b>Hattingen</b>	58.241	58.650	58.329	57.427	57.309	-2,3
<b>Herdecke</b>	26.184	26.278	25.928	25.793	25.807	-1,8
<b>Schwelm</b>	30.394	30.729	30.569	30.310	30.103	-2,0
<b>Sprockhövel</b>	24.505	25.442	26.454	26.350	26.324	+3,5
<b>Wetter</b>	28.880	29.331	29.851	29.337	29.221	-0,4
<b>Witten</b>	105.403	104.754	103.196	101.823	101.181	-3,4
<b>EN-Kreis</b>	<b>349.412</b>	<b>352.069</b>	<b>350.781</b>	<b>346.124</b>	<b>344.824</b>	<b>-2,1</b>

Quellen: LDS, Städte- u. Kreisstatistik RVR

Die vorstehende Tabelle macht erwartungsgemäß deutlich, dass es innerhalb des Kreises noch deutliche Schwankungen um diesen Trend des Bevölkerungsrückgangs seit Mitte der 90er Jahre gibt. Während es in Breckerfeld und Sprockhövel noch Zuwächse bis teilweise nahe an den gegenwärtigen Zeitpunkt heran gibt, weichen insbesondere Ennepetal und Witten deutlich negativ vom Kreisdurchschnitt ab.

Bevölkerungsentwicklung EN im Vergleich



Der Vergleich zeigt, dass der Ennepe-Ruhr-Kreis im Verlauf eher dem Ruhrgebiet als dem Landes- bzw. Bundesdurchschnitt gleicht. Vom Ruhrgebietstrend setzt sich der Kreis aber durch seine besondere Lagesituation als Ballungsrandkreis leicht positiv ab.

Ursächlich für diese Entwicklung ist vor allem der Saldo von Geburten und Sterbefällen, der immer stärker negativ wird:

#### Komponenten der Bevölkerungsentwicklung im EN-Kreis

	<b>Saldo aus Geburten und Sterbefällen</b>	<b>Saldo aus Zu- und Fortzügen</b>	<b>insgesamt</b>
<b>1990</b>	- 502	+ 4.934	+ 4.432
<b>1995</b>	- 994	+ 441	- 553
<b>2000</b>	- 1.044	+ 412	- 632
<b>2003</b>	- 1.554	- 732	- 2.286
<b>2004</b>	- 1.461	+ 156	- 1.305

Der Wanderungssaldo hat diesen Effekt teilweise ausgeglichen oder gemindert, wird aber in jüngster Zeit teilweise selbst negativ und gleicht das Geburtendefizit nicht mehr aus. Bei den Wanderungsbewegungen ist allerdings deutlich zu differenzieren: hier überlagern sich großräumige Umzüge aus Arbeitsmarkt- und Ausbildungsgründen bzw. Zu- und Abwanderungen von Ausländern mit den kleinräumigen Austauschbeziehungen zu den benachbarten Großstädten. Bei letzteren weist der EN-Kreis einen kontinuierlichen Wanderungsgewinn auf, der sich allerdings - bedingt durch die insgesamt rückläufige Wohnungsbautätigkeit - abschwächt. Hierzu zeigt sich die nach wie vor vorhandene Attraktivität des Kreises als Wohnstandort.

Die Fortsetzung dieses Trends ist absehbar: das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) rechnet in seiner Prognose damit, dass die Bevölkerungszahl des Ennepe-Ruhr-Kreises bis 2020 auf ca. 326.800 sinkt, gegenüber dem Basisjahr 2002 ein Rückgang um 6,6 %. Damit liegt der Kreis etwa im Trend des Ruhrgebiets (-5,6 %) und deutlich schlechter als der Landesdurchschnitt (-0,6 %). Einige der umliegenden Großstädte entwickeln sich allerdings noch wesentlich negativer (Bochum -9,0 %, Hagen -13,2 %, Essen -10,8 %; dagegen Dortmund -1,1 %).

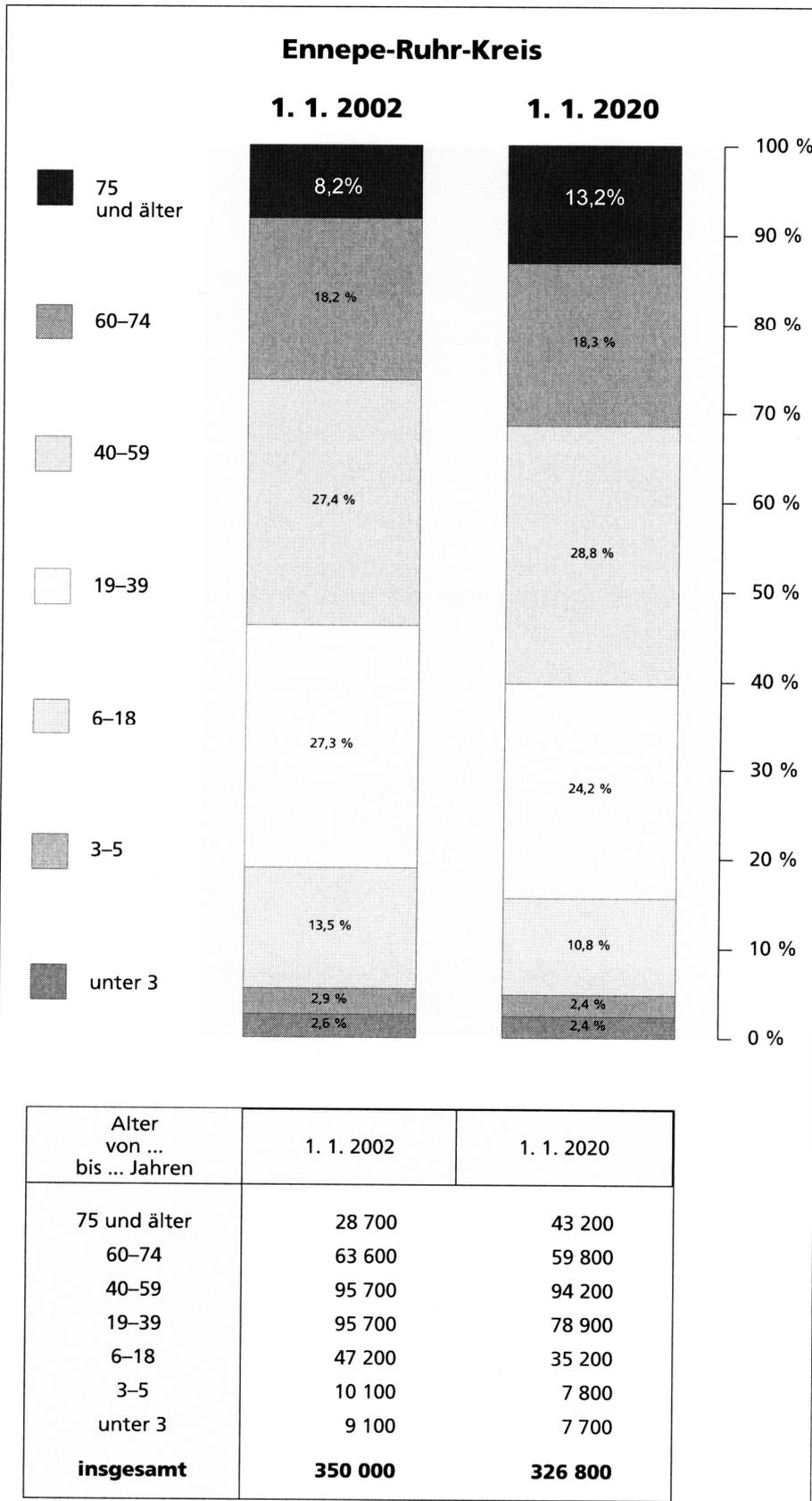
Weit gravierender als die erst auf längere Sicht deutlichen Bevölkerungsverluste werden sich allerdings die Verschiebungen in der Altersstruktur auswirken. Neben den zu geringen und weiter sinkenden Geburtenzahlen wird dieser Prozess durch die ständig steigende Lebenserwartung getragen. Medizinische, technische und soziale Fortschritte haben dazu beigetragen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland seit 1900 um über 30 Jahre gestiegen ist. Liegt die statistische Lebenserwartung aktuell für Männer bei 76 Jahren und für Frauen bei 81 Jahren, so wird davon ausgegangen, dass sich diese Zahl für beide Geschlechter bis 2050 noch einmal um etwa 5 bis 12 Jahre erhöhen wird.

Bereits jetzt zeichnet sich eine deutliche Verschiebung der Bevölkerungspyramide im Ennepe-Ruhr-Kreis ab: der Anteil der Einwohner, die über 65 Jahre alt sind, ist mit knapp 20 % bereits jetzt höher als der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren mit 17,7 %. Die Relation von jungen und alten Menschen im Kreis entspricht damit etwa der in den Großstädten des Ruhrgebiet. Für einen Ballungsrandkreis ist dieses Bild ungewöhnlich. Hauptursache dafür ist der jahrzehntelange wirtschaftliche und soziale Erosionsprozess durch den industriellen Strukturwandel.

Von besonderer Dramatik ist die sich schnell erhöhende Zahl und der noch stärker steigende Anteil der alten Bewohner. Nach den vorliegenden Prognosen wird die Zahl der über 60-jährigen im Ennepe-Ruhr-Kreises von 2002 bis 2020 um ca. 14.000 bzw. 15 % steigen, die der hochbetagten Menschen über 80 Jahre sogar um 77 %. Bundesweit wird für 2050 prognostiziert, dass über 11 % der Gesamtbevölkerung älter als 80 Jahre sein wird (2003: 4 %). Dem gegenüber sinkt die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren weiter, im Ennepe-Ruhr-Kreis um 24 % bis zum Jahr 2020. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird sich nur leicht reduzieren, allerdings wird sich innerhalb dieser großen Bevölkerungsgruppe der Alterdurchschnitt stark erhöhen. Einen Überblick über die Veränderungen gibt das Schaubild auf der folgenden Seite.

Von Bedeutung für die Ausprägung des demographischen Wandels in Kreisen oder Städten ist auch die Tatsache, wieweit diese Zuzugsgebiet für Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sind bzw. wie sich der Ausländeranteil entwickelt. Durch Zuzug von Ausländern kann der demographisch bedingte Bevölkerungsverlust teilweise kompensiert werden. Gleichzeitig wird bei einem hohen Ausländeranteil durch deren durchschnittlich größere Kinderzahl die 'Geburtenbilanz' verändert, wobei allerdings nach aller Erfahrung das generative Verhalten der ausländischen Mitbürger sich auf lange Sicht dem der Deutschen annähert.

## Vorausberechnung der Bevölkerung 2002 bis 2020



Im Ennepe-Ruhr-Kreis hat sich der Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit zwischen 1980 und 2000 sukzessive von 7,6 % auf 9,1 % erhöht. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wurde die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit für Migranten, die schon lange in Deutschland leben oder gar hier aufgewachsen sind, erleichtert. Dies hat bis 2003 zu einem Rückgang des Ausländeranteils auf 8,5 % im Kreisgebiet geführt. Er liegt damit unter dem landesweiten Anteil von 10,7 % (Stand 2003). Für den Ennepe-Ruhr-Kreis ist damit durch diese Komponente keine über den normalen Rahmen hinausgehende Abmilderung der zahlenmäßigen und altersstrukturellen Entwicklungen festzustellen und auch zukünftig nicht zu erwarten. Handlungsbedarf zur sozialen, beruflichen und kulturellen Integration ausländischer Bevölkerungsgruppen besteht - wie überall - dennoch, allerdings nicht in der Form, wie er sich z. B. in Teilen des Kernruhrgebiets mit starker kleinräumiger Konzentration ausländischer Bevölkerung stellt.

In den feststellbaren demographischen Tendenzen spiegelt sich auch wieder, dass der Ennepe-Ruhr-Kreis in den letzten Jahrzehnten einen Wandel von einer Industrieregion mit großer eigener Arbeitsplatzbasis hin zu einem Raum, der stärker durch die Wohnfunktion geprägt ist, vollzogen hat. Das Wegbrechen industriell-gewerblicher Arbeitsplätze wurde nicht vollständig durch Beschäftigung im Dienstleistungssektor kompensiert. Während der Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor z. B. in Dortmund und Essen mittlerweile bei 80 % liegt, beträgt er im Kreisgebiet lediglich rund 61 %. Dem entsprechend weist der Ennepe-Ruhr-Kreis einen negativen Pendlersaldo von rund 12.500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf (Stand 2003). Die Anzahl der Berufspendler in die benachbarten Zentren stieg von 1991 bis 2003 von rund 63.000 auf 69.000 an, während sich die Zahl der Einpendler mit rund 56.500 nur unwesentlich verändert hat. Zusätzlich ist auch im Ausbildungs-, Freizeit- und Einkaufsverkehr von Auspendlerüberhängen auszugehen. So verfügt der EN-Kreis mit der Universität Witten-Herdecke lediglich über einen Hochschulstandort mit vergleichsweise geringen Kapazitäten. Regionale und lokale Einzelhandelsstudien belegen eine unterdurchschnittliche Kaufkraftbindung der Bevölkerung an den lokalen Einzelhandel, ein Teil des für Konsumzwecke zur Verfügung stehenden Einkommens fließt in die benachbarten Oberzentren ab. Auch für die Zukunft ist zu erwarten, dass sich die Austauschprozesse aus dem Kreisgebiet mit den benachbarten Oberzentren weiter verstärken werden und der Kreis eine noch ausgeprägtere Funktion als Wohnstandort erhalten wird. Wohnungsmarktbedingte Zuzüge aus den umliegenden Großstädten tragen dazu ebenso bei wie die absehbaren weiteren Arbeitsplatzverluste im

industriell-gewerblichen Bereich.

### **3. Auswirkungen des demographischen Wandels und Handlungsbedarf für den Kreis**

Rückläufige Bevölkerungszahlen und Verschiebungen in den Alters- und Sozialstrukturen sind nicht per se negativ zu bewerten. Sie können durchaus auch zu Entlastungen auf Wohnungs- und Arbeitsmärkten oder in bestimmten Infrastrukturbereichen führen; rückläufige Flächennachfrage kann den Umnutzungsdruck auf Freiraum und Landschaft reduzieren. Insgesamt ist allerdings zu erwarten, dass die Schwierigkeiten und Probleme, die sich mit den skizzierten demographischen Prozessen auf der kommunalen Ebene stellen, die möglichen Entlastungen bei weitem übersteigen werden. Dabei ist davon auszugehen, dass weniger der absolute Rückgang der Einwohnerzahlen der wesentliche Faktor für Probleme und Handlungsdruck ist; dieser wird sich eher langsam und nur auf lange Sicht bemerkbar machen. Viel gravierender und schneller werden sich die alters-, haushalts- und sozialstrukturellen Verschiebungen gerade im kommunalen Bereich auswirken. Sie müssen Anlass für vorausschauende Planung sein. Entsprechende Handlungskonzepte sind in einem - für den Ennepe-Ruhr-Kreis relevanten - breiten fachlichen Spektrum zu entwickeln.

Dabei sind grundsätzlich zwei unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema des demographischen Wandels zu unterscheiden:

- (a) In welchem Maße und mit welchen Ansatzpunkten können (als negativ eingeschätzte) demographische Entwicklungen kommunal und insbesondere auf der Kreisebene überhaupt beeinflusst, abgemildert oder verändert werden? Ansatzpunkte sind vor allem im Bereich von Flächenpolitik und Wohnungsbau sowie in der Schaffung besonders familienfreundlicher Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedingungen gegeben. Denkbar ist auch, durch gezielte Strategien zur Optimierung der Lebensbedingungen bestimmter Bevölkerungsgruppen Zuzüge zu veranlassen. So gibt es Regionen, die sich insbesondere als attraktive Standorte für mobile und gutbetuchte Senioren profilieren ('Sun-City'). Für den Ennepe-Ruhr-Kreis als Ballungsrandkreis am Rand des Ruhrgebiets wäre eine solche Strategie weder realistisch noch wegen der langfristigen Folgewirkungen wünschenswert.

Insgesamt liegt hier die Einschätzung zugrunde, dass Ausmaß und Formen des demographischen Wandels wegen ihres langfristigen und durch grundlegende gesellschaftliche Werte geprägten Charakters nur in begrenztem Maße und nur auf sehr lange Sicht örtlich beeinflusst werden können. Dennoch müssen natürlich die gegebenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

- (b) Da realistischerweise davon auszugehen ist, dass auch bei Ausschöpfung von Gegensteuerungsmaßnahmen beträchtliche quantitative und strukturelle Veränderungen im Zuge des demographischen Wandels für den Ennepe-Ruhr-Kreis eintreten werden, geht es andererseits darum, Strategien zu entwickeln, mit den Auswirkungen 'umzugehen' bzw. sich daraus teilweise auch ergebende Chancen zu nutzen. Es wird vielfach notwendig sein, Planungsgrundlagen, die auf einer jahrzehntelangen Gewöhnung an Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft beruhen, an die neuen Erkenntnisse anzupassen. Insbesondere sind alle Bereiche altersgruppenbezogener Infrastruktur - für Kinder und Jugendliche einerseits, für ältere Menschen andererseits - kritisch zu überprüfen. Die veränderten Ansprüche einer alternden Gesellschaft an das Beschäftigungs- und Bildungssystem, das Wohnumfeld, die Mobilität, Freizeit und Kultur müssen speziell für den Ennepe-Ruhr-Kreis aufgegriffen werden.

Im folgenden sollen die Handlungs- und Zuständigkeitsbereiche des Kreises in beiderlei Hinsicht - Beeinflussung des demographischen Wandels und Umgang mit den Auswirkungen - darauf überprüft werden, wo welche Konsequenzen zu ziehen sind.

Als Querschnittsaufgabe **Statistik/Raumbeobachtung** sollen zukünftig strukturpolitisch bedeutsame Trends und Entwicklungen detaillierter und zeitnäher erfasst werden. Im Rahmen eines Gesamtkonzepts für ein Kreisinformationssystem EN ist der Fokus stärker auf die Erfassung demographischer Prozesse und ihrer Wirkungen zu legen. Dies kann einerseits als 'Frühwarnsystem' zur Erfassung problematischer Entwicklungen dienen, andererseits soll den unterschiedlichen Fachbelangen eine möglichst qualifizierte und einheitliche Datengrundlage geboten werden. Ein solches System ist in erster Linie an den Aufgabenfeldern des Kreises auszurichten, soweit von der Datenlage her möglich und sinnvoll soll es aber auch auf die Ebene der kreisangehörigen Städte heruntergebrochen werden, um gemeinsame Diskussions- und Abstimmungsprozesse über Handlungsnotwendigkeiten zu ermöglichen.

Im Bereich **Wirtschaft und Arbeitsmarkt** wird sich der demographische Wandel einerseits massiv auf den regionalen Arbeitsmarkt auswirken. Obwohl derzeit angesichts der hohen Arbeitslosigkeit kaum vorstellbar, wird durch den Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter mittel- und langfristig ein Arbeitskräftemangel entstehen. Zwar wird auch auf lange Sicht Arbeitslosigkeit von Unqualifizierten oder Falschqualifizierten ein Problem bleiben, daneben wird sich aber der derzeit schon punktuell feststellbare Mangel an Fachkräften deutlich verstärken. Damit das nicht zum Engpassfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Raumes wird, muss es gelingen, ältere Beschäftigte mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung länger im Erwerbsleben zu halten. Die Betriebe müssen Qualifizierungsstrategien für alternde Belegschaften entwickeln, zumal der Zugang an aktueller Qualifikation und Innovation durch neue, junge Mitarbeiter demographisch bedingt stark nachlässt. Zudem muss das Potential der vielfach gut qualifizierten Frauen stärker für den Arbeitsmarkt erschlossen werden, indem Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergriffen werden. In all diesen Bereichen kann der Kreis - gemeinsam mit den vorhandenen Netzwerken von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung - zumindest mitwirken, Lösungen zu finden. Das trifft insbesondere für den Ennepe-Ruhr-Kreis als Optionskommune im SGB II zu, da hier für einen relativ großen Arbeitsmarktausschnitt entsprechende Konzepte selbst gestaltet und Maßnahmen finanziert werden können. Auf der anderen Seite wird sich der Alterungsprozess in einer Veränderung der Nachfrage auswirken. Der bereits jetzt hohe Kaufkraftanteil älterer Bevölkerungsgruppen wird deutlich zunehmen, die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen sich entsprechen umschichten. Die Wirtschaftsförderung kann durch Projektentwicklung und Netzwerkbildung in der Seniorenwirtschaft und der Gesundheitswirtschaft diese Prozesse unterstützen und zusätzliche Wertschöpfung für die Region mobilisieren. Entsprechende Schwerpunkte sind im Kreis bereits gesetzt worden; sie müssen weiter ausgebaut werden. Insbesondere die wachsende Zahl mobiler und unternehmungslustiger Senioren stellt ein Potential dar, auf das der Ennepe-Ruhr-Kreis mit seinen hervorragenden nahtouristischen Angeboten bauen kann.

Im Bereich **Verkehr und Mobilität** ist der Ennepe-Ruhr-Kreis durch demographische Entwicklungen insbesondere in seiner Funktion als Aufgabenträger des ÖPNV betroffen. In einem Flächenkreis mit teilweise geringer Bevölkerungsdichte können rückläufige Einwohnerzahlen dazu führen, dass außerhalb der Siedlungsschwerpunkte die Tragfähigkeit für herkömmlichen liniengebundenen ÖPNV infragegestellt wird. Das gilt umso mehr, als der ÖPNV im Ennepe-Ruhr-Kreis zu etwa 60 % durch den Schülerverkehr getragen wird. Bei

mittel- bis langfristig deutlich rückläufigen Schülerzahlen wird sich in weiteren Teilen des Kreisgebiets - außerhalb des nachfragestarken 'Grundgerüsts' - die Frage nach alternativen Bedienungsformen stellen, die flexibel und nachfragegesteuert sind und damit finanzierbar bleiben.

Die älteren Mitbürger nutzen nach aller Erfahrung immer länger den eigenen PKW. Dennoch wird die Zahl derjenigen, die aus gesundheitlichen oder sonstigen Gründen dazu nicht in der Lage sind, steigen. Der Kreis als Aufgabenträger hat einen Versorgungsauftrag für mobilitätseingeschränkte Personen, der bereits aus dem Behindertengleichstellungsgesetz resultiert. Die Anforderung, Fahrzeuge, Haltestellen und das gesamte System behinderten Menschen zugänglich zu machen, kommt auch zahlreichen älteren Nutzern entgegen. Die genannten Aspekte müssen in der Nahverkehrsplanung, die in Kürze mit der 2. Fortschreibung ansteht, aufgegriffen werden.

**Siedlungs- und Flächenentwicklung** insbesondere für den **Wohnungsbau** ist das kommunale Handlungsfeld, in dem am unmittelbarsten auf demographische Entwicklungen Einfluss genommen werden kann. Durch Umfang und Art des Wohnungsbaus wird die Zuwanderung und damit die Gesamtbevölkerungsentwicklung beeinflusst. Flächenpolitik für familiengerechten Wohnungsbau ist zumindest partiell in der Lage, dem Geburtendefizit und dem Alterungsprozess entgegenzuwirken. Quantitativ dürfen die Erwartungen allerdings nicht zu hoch angesetzt werden, zumal alle umliegenden Gebietskörperschaften, insbesondere die Großstädte, aus denen sich der Zuzug in den EN-Kreis speist, mit entsprechenden Strategien versuchen, junge Familien zu halten. Der Ennepe-Ruhr-Kreis muss sich hier mit seinen besonderen Qualitäten des Wohn- und Lebensumfelds profilieren und in den Angeboten möglichst vom Standard absetzen.

Unmittelbar sind in diesem Handlungsfeld zunächst die mit der Planungshoheit ausgestatteten kreisangehörigen Städte gefordert; der Kreis kann im Rahmen der Planungsaufsicht, als Träger öffentlicher Belange und insbesondere in seiner Zuständigkeit für die Landschaftsplanung die Rahmenbedingungen mitgestalten. Letztlich wird es um einen Dialog mit den Städten gehen, welches die angemessenen Strategien zur Flächenentwicklung und zur Mobilisierung geeigneter Standorte im Kreisgebiet im Kontext von Demographie sind.

Besonders offensichtlich und mit besonders gravierenden Auswirkungen wird der demographische Wandel in der **Altenhilfe und Pflege** spürbar. Der Ennepe-Ruhr-Kreis weist bereits jetzt einen für einen Kreis ungewöhnlich hohen Anteil älterer Menschen und insbe-

sondere hochbetagter Menschen auf. Die prognostizierten Zuwachsraten machen deutlich, dass die bestehenden und gewachsenen Strukturen der Pflege an ihre Grenzen stoßen. Die starke Ausrichtung auf stationäre Unterbringung, teilweise bedingt durch das Fehlen von Alternativen, entspricht nicht den Wünschen der großen Mehrheit der Betroffenen, die so lange wie möglich unter Rückgriff auf Unterstützungssysteme in ihrem vertrauten Wohn- und Lebensumfeld bleiben wollen. Zudem zeigen Szenarien der zukünftigen Entwicklung, dass die Fortschreibung des derzeitigen Systems von Pflege unfinanzierbar ist. Der Ennepe-Ruhr-Kreis ist als Aufgaben- und Kostenträger in der besonderen Verantwortung, die Initiative für einen Strategiewechsel zu ergreifen. Dieser wird dadurch erschwert, dass die Stärkung von Marktmechanismen im Pflegebereich politisch gewollt ist und eine unmittelbare (Investitions-) Steuerung durch die kommunalen Aufgabenträger nicht mehr besteht. Es bleibt die Möglichkeit, durch Prävention und Ausbau aller Unterstützungssysteme im Vorfeld der stationären Pflege entsprechende Signale an den 'Markt' zu geben. Ein solches Umsteuern ist nur in einem breit angelegten Konsens mit den kreisangehörigen Städten, den Verbänden der Wohlfahrtspflege und anderen Leistungsanbietern möglich. Erforderlich ist ein schneller und forcierter Planungsprozess, der eine solche strategische Neuausrichtung in ein Bündel von Maßnahmen umsetzt. Entsprechende Schritte sind in der Vorbereitung.

Der **Gesundheitsbereich** als eines der zentralen Zuständigkeitsfelder des Kreises ist neben der Einbindung in das Thema Pflege/Altenhilfe weiterhin in den Aufgabenfeldern vom demographischen Wandel berührt, in denen spezifische Altersgruppen im Vordergrund stehen. Ein Aktionsschwerpunkt besteht im EN-Kreis im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit. Hier überlagern sich demographische Auswirkungen mit der Verstärkung sozialer Problematiken und Entwicklungsrisiken für Kinder.

Im Übrigen ist der Ennepe-Ruhr-Kreis von den Problemen, die sich mit dem Rückgang der Zahl der **Kinder und Jugendlichen** verbinden, nicht vorrangig betroffen, da er seit 2002 nicht mehr Jugendhilfeträger ist. Die schwierige Aufgabe der Anpassung der Systeme von Kinderbetreuung und Jugendhilfe an veränderte Bedarfslagen liegt vor allem bei den Städten. Der Kreis ist als Aufgabenträger SGB II eher am Rande dadurch berührt, dass er ergänzende Angebote der Kinderbetreuung zur Gewährleistung der Erwerbsfähigkeit von Leistungsberechtigten zu schaffen hat.

Im Bereich von **Bildung/Qualifizierung** ist neben den kreisangehörigen Städten auch der Kreis in zweifacher Hinsicht gefordert: Als Schulträger der drei Berufskollegs, einer Gesamtschule und der zwei Förderschulen (Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung) sowie als Schulaufsicht über Grund-, Haupt- und Förderschulen. Langfristig werden bei sinkenden Schülerzahlen die vollzeitschulischen Bildungsgänge der Berufskollegs des Kreises nicht mehr in der vorhandenen fachlichen Breite an allen drei Standorten vorgehalten werden können. Bei rückläufiger Zahl der Auszubildenden im dualen System werden diese zunehmend in größerem räumlichem Rahmen, teilweise in den umliegenden Großstädten beschult werden müssen (Bezirksfachklassen); dadurch kann die Ausbildungsneigung der Betriebe vor Ort weiter beeinträchtigt werden.

Über die Notwendigkeit hinaus, die eigenen Schulen auf die demographisch bedingten Nachfrageveränderungen auszurichten, kann der Kreis auch Beratungs- und Unterstützungsfunktionen in ortsübergreifenden Kooperationen und in der Abstimmung von Schulentwicklungsplanungen im Kreisgebiet übernehmen.

Abschließend ist auf die **finanziellen Auswirkungen** des demographischen Wandels hinzuweisen. Zuweisungen und finanzielle Förderungen sind überwiegend an Einwohner-schlüssel, Schülerzahlen etc. gebunden. In dem Maße, in dem solche Prozesse den Ennepe-Ruhr-Kreis überproportional betreffen, werden sich die verfügbaren Finanzmittel relativ verringern, während Rückbau und Umbau der Infrastruktursysteme ggf. sogar höhere Kosten verursachen. Dem kann vor Ort nur begegnet werden, indem die hier skizzierten Ansätze zur Bewältigung des demographischen Wandels systematisch verfolgt werden; die Anpassung von Finanzierungssystemen muss auf anderer Ebene erfolgen.

Zusammenfassend wird vorgeschlagen, die Aktivitäten des Ennepe-Ruhr-Kreises zum Umgang mit dem demographischen Wandel auf folgende Handlungsfelder auszurichten:

- Statistik/Raumbeobachtung
- Wirtschaft und Arbeitsmarkt
- Verkehr/Mobilität
- Siedlungs- und Flächenentwicklung/Wohnungsbau
- Altenhilfe/Pflege
- Gesundheit
- Bildung/Qualifizierung.

Selbstverständlich sind dabei jeweils die Aspekte des gender mainstream zu berücksichtigen.

## **4. Die Handlungsfelder**

### **4.1 Statistik / Raumbewachtung**

#### **4.1.1 Ausgangslage**

Derzeit greift die Kreisverwaltung bedarfsweise auf externe Datenquellen zurück, um demografische und strukturpolitische Analysen und Prognosen durchzuführen. Auslöser sind i. d. R. die Durchführung fachbezogener Planungs- und Berichtsaufgaben (z. B. Schulentwicklungsplan, Nahverkehrsplan, Grundstücksmarktbericht) oder aktuelle bzw. absehbare Problemlagen. Eine fachübergreifende, kontinuierliche Strukturdatenerfassung findet dagegen weder auf Ebene der kreisangehörigen Städte noch auf Kreisebene statt. Es besteht daher die Gefahr, dass kreisbedeutsame Entwicklungstrends auch und gerade auf dem Gebiet des demografischen Wandels zu spät und nicht in der erforderlichen Komplexität erkannt werden.

#### **4.1.2 Ziele und Strategien**

Um zukünftig auf strukturpolitische Entwicklungstrends angemessen reagieren zu können, sollte auf Kreisebene eine kontinuierliche Strukturberichterfassung erfolgen, die sich auf wesentliche Kennziffern und Indikatoren in den Bereichen

- Bevölkerung
- Beschäftigung und Arbeitsmarkt
- Wirtschaft
- Siedlungsentwicklung und Flächennutzung
- Umwelt
- Verkehr
- Wohnungswirtschaft
- Bildung
- Gesundheit
- Steueraufkommen / öffentliche Haushalte

stützt. Die erforderliche Datenbasis und ihre Bewertung ist soweit möglich und sinnvoll auf die Ebene der kreisangehörigen Städte herunterzubrechen.

Der Vorschlag für ein fachübergreifendes Indikatorensystem folgt der Erkenntnis, dass Entwicklungstrends in allen genannten Handlungsfeldern stark von der demographischen Entwicklung beeinflusst werden. Während im Themenbereich „Bevölkerung“ Trends der Bevölkerungsentwicklung kontinuierlich dargestellt werden sollen, geht es in den anderen Themenbereichen zunächst um die sich hieraus ergebenden Wirkungen. Allerdings bietet sich hier auf Grund der vielfältigen Wirkungszusammenhänge der Ausbau zu einem integrierten Kreisinformationssystem an, das auch weitere, nicht demographisch motivierte Einflussgrößen erfasst.

#### **4.1.3 Maßnahmen und Leitprojekte**

In Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten sollte ein abgestimmtes Kreisinformationssystem aufgebaut werden, das die wesentlichen Kennziffern und Indikatoren zu den o.a. Politikbereichen umfasst und kontinuierlich fortgeschrieben wird. Einmal jährlich ist dem Kreistag ein Strukturbericht vorzulegen, in dem die wesentlichen Entwicklungstrends im Kreisgebiet im Sinne eines „Frühwarnsystems“ vorgestellt und bewertet werden. Dabei ist zugleich ein Vergleich mit dem Bundes- und Landestrend sowie dem Ruhrgebiet und ausgewählten Ballungsrandkreisen vorzunehmen.

Hierzu sind die bereits im Jahre 2003 begonnenen Aktivitäten fortzusetzen werden. Aufgrund der Personalsituation in der Kreisverwaltung soll der Aufbau des Kreisinformationssystems allerdings durch ein externes Beratungsbüro unterstützt werden. Die laufende Datenpflege soll dann durch einen Mitarbeiter / eine Mitarbeiterin der Kreisverwaltung erfolgen.

Im einzelnen werden folgende Arbeitsschritte empfohlen:

- Auswahl eines erfahrenen Beratungsbüros
- Festlegung aussagefähiger Kennziffern und Indikatoren für die einzelnen Handlungsfelder auf Ebene des Kreises und der kreisangehörigen Städte, speziell zur Bewältigung des demographischen Wandels
- Definition zu erfassender Vergleichsräume
- Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten und der Kreispolitik
- Festlegung des erforderlichen Datenumfangs und der Datenquellen
- Festlegung von Darstellungsformen (z.B. Tabellen und Grafiken)
- EDV-technische Umsetzung / Programmierung

- Datenpflege
- jährliche Aufbereitung im Rahmen eines Strukturberichtes, der explizit auf Entwicklungstrends eingeht, die auf den demographischen Wandel zurückzuführen sind.

## **4.2 Wirtschaft und Arbeitsmarkt**

### **4.2.1 Ausgangslage**

#### **Wirtschaftsstruktur**

Die Wirtschaftsstruktur des Ennepe-Ruhr-Kreises ist trotz des großen Aderlasses industriell-gewerblicher Arbeitsplätze seit Beginn der 80 er Jahre nach wie vor durch einen überdurchschnittlichen Besatz von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe geprägt. Mit einem Anteil von rd. 37 % liegt er 10 % über dem Landesdurchschnitt und 12 % über dem entsprechenden Anteil im RVR-Raum. Dennoch setzt sich auch im Ennepe-Ruhr-Kreis der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft fort. So stieg die Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor zwischen 2000 und 2002 um 6,3 % an, während sie im gleichen Zeitraum im Produzierenden Gewerbe um 3,3 % zurückging.

Mit einem Anteil von 0,3 % an der Bruttowertschöpfung spielt die Land- und Forstwirtschaft im Kreisgebiet nur noch eine untergeordnete Rolle.

Positiv entwickelt hat sich der Fremdenverkehr mit einem leichten Anstieg der Übernachtungszahlen 400.000 auf 409.000 im Jahr 2003.

Mit einem verfügbaren Einkommen von 19.346 € pro Einwohner lag der Ennepe-Ruhr-Kreis 2002 in der Spitzengruppe der Kommunen des Regionalverbandes Ruhr und auch erheblich über dem Landesdurchschnitt. Dieses Einkommen wird zu einem nicht unerheblichen Anteil allerdings auch in den benachbarten Zentren „verdient“. Es unterstreicht die Attraktivität des Kreises als Wohnstandort für auch einkommensstarke Bevölkerungsgruppen.

#### **Beschäftigung/ Arbeitslosigkeit**

Der Niedergang der Montanindustrie war im Ennepe-Ruhr-Kreis mit dem Verlust von rd. 40.000 Arbeitsplätzen verbunden, der nur teilweise durch den Dienstleistungssektor kompensiert werden konnte. Die Arbeitslosenquote im Kreisgebiet liegt derzeit bei rd. 9 %,

wobei der systembedingte Anstieg der Arbeitslosenquote durch die Arbeitsmarktreform Hartz IV im EN-Kreis hierin noch nicht statistisch erfasst ist.

Mit der Veränderung der demografischen Strukturen geht allerdings mittelfristig der Rückgang des Angebots an Arbeitskräften einher. Immer weniger Frauen und Männer im „arbeitsfähigen“ Alter stehen als Arbeitskräfte zur Verfügung, während eine steigende Zahl von Älteren zusätzliche haushaltsnahe Dienstleistungen, soziale, gesundheitliche und pflegerische Leistungen nachfragen wird.

Bei einer Exportquote der mittelständischen Industrie im Ennepe-Ruhr-Kreis von mittlerweile fast 40 % ist hier von einer Konsolidierung bei der Nachfrage nach Arbeitskräften auszugehen. Dies kann bei einem Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung mittelfristig zu einer Entspannung des Arbeitsmarktes führen, stellt jedoch auch neue Herausforderungen an die Flexibilität sowie die Aus- und Weiterbildung der ArbeitnehmerInnen.

Die demografische Entwicklung wird sich mutmaßlich auch auf das Renteneintrittsalter auswirken. Bereits jetzt ist statistisch feststellbar, dass das durchschnittliche Alter, in dem Menschen tatsächlich in den Ruhestand gehen, in den letzten Jahren angestiegen ist und derzeit bei etwa 58 Jahren liegt.

### **Kaufkraftentwicklung und Nachfragestruktur, Freizeitverhalten**

Mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von rd. 3000 Euro monatlich üben Rentner- und Pensionärshaushalte bereits heute eine große Marktmacht aus. Bei der Nachfrage nach Nah- und Fernreisen oder nach Gesundheitsprodukten besitzt die Altersgruppe der 55 bis 69 jährigen den größten Marktanteil. Mit ihrer weiteren Zunahme bildet sie unter Berücksichtigung ihrer Vermögenssituation in den kommenden Jahren eine wesentliche Stütze der Binnennachfrage.

Marktfeld	Ausgaben in Mrd. Euro	Marktanteil (%)
Kleidung	19,4	33
Reisen	16,8	40
Wohnung/Haushaltsgeräte	12,7	--
Möbel	6,3	30
Gesundheitsprodukte	5,6	> 50
Körperpflege	4,0	35

Quelle: „Marktmacht Senioren“, Axel Springer Verlag 1998, zitiert nach Vortrag der Grey Global Group, Februar 2003, eigene Darstellung

Verwendung des „frei verfügbaren“ Einkommens Rentner-/ Pensionärshaushalte in %  
Ausgaben nach Marktfeld der Altersgruppen 55 bis 69 Jahre

Zugleich ist davon auszugehen, dass der Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung sich aufgrund von medizinischen und sozialen Fortschritten weiterhin positiv entwickelt. Die demografische Entwicklung wird daher eine steigende Zahl älterer, mobiler und relativ gesunder Personen hervorbringen, die Einrichtungen zur Freizeitgestaltung nachfragen werden. Auch unter der Annahme, dass das Renteneintrittsalter sich weiter verschieben wird, muss damit gerechnet werden, dass mehr Personen als heute Freizeitangebote bereits tagsüber einfordern.

#### **4.2.2 Ziele und Strategien**

Die mit dem demographischen Wandel verbundenen Chancen und Probleme stellen nur einen - wenn auch wichtigen - Ausschnitt aus den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Strategien für den Ennepe-Ruhr-Kreis dar. Im Vordergrund müssen auch zukünftig die Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Betriebe, ihre technologische Konkurrenzfähigkeit und die Stärkung des bisher unterrepräsentierten Dienstleistungssektors stehen. Gerade letzterer muss allerdings mit deutlichen Schwerpunktverlagerungen auf den Alterungsprozess der Bevölkerung reagieren. Als Reaktion auf die zunehmende Marktmacht der Älteren gilt es, das lokale Dienstleistungs- und Produktangebot stärker auf die Bedürfnisse dieser Nachfragegruppe auszurichten.

Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte ist heute anerkanntermaßen eine entscheidende Bedingung der regionalen Wirtschaftsentwicklung. Die drastischen Verschiebungen im Altersgefüge der Erwerbsfähigen stellen eine Herausforderung für die Arbeitsmarktakteure des Raumes dar. Insbesondere wird es erforderlich werden, länger als bisher auf das Erfahrungswissen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückzugreifen.

#### **Bekämpfung des Fachkräftemangels**

Aufgrund des zu erwartenden Fachkräftemangels ist von großer Bedeutung, die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen mit ihrem Erfahrungswissen zu erhalten und zu steigern. Dies erfordert seitens der Arbeitgeber eine höhere Sensibilität für die Einsatzmöglichkeiten von Arbeitnehmern, deren physische und psychische Leistungsfähigkeit zurück geht. Zugleich ist seitens älterer Arbeitnehmer eine kontinuierliche Fortbildung notwendig, um neuen Markterfordernissen gerecht zu werden.

Neben der längeren Bindung qualifizierter älterer Arbeitnehmer an ihren Arbeitgeber werden zur Behebung des zu erwartenden Arbeitskräftemangels die stärkere Integration von Frauen, Migranten und Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt notwendig. Das Angebot einer

flächendeckenden qualifizierten Kinderbetreuung für Kleinkinder und der weitere Ausbau des Ganztagschulbetriebes können die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen, deren Wissens- und Erfahrungspotenzial gefragt sein wird.

Ein weiteres Handlungsfeld stellt die Verbesserung der schulischen und beruflichen Qualifikation benachteiligter Jugendlicher dar, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Vermittlungschancen dieses Personenkreises deutlich zu erhöhen.

Gleiches gilt für Migrantinnen und Migranten, die häufig aufgrund von mangelnden Sprachkenntnissen oder Integrationsproblemen auf dem Arbeitsmarkt mit Vermittlungshemmnissen zu kämpfen haben. Die möglichst frühzeitige Ausbildung und Förderung der Sprachkompetenz bildet dabei ein wesentliches Element.

### **Universelles Design von Produkten und Dienstleistungen**

Durch die wirtschaftlichen Aktivitäten und die Kaufkraft vieler älterer Menschen ergeben sich besondere Chancen für bestimmte Wirtschaftsbereiche, die durch die Beschäftigungspolitik genutzt bzw. befriedigt werden können. Hier zu zählen insbesondere

- der Gesundheits- und Pflegebereich: Die meisten Pflegekräfte verlassen ihren Beruf frühzeitig, auf der anderen Seite wird die Zahl der zu betreuenden Menschen signifikant ansteigen,
- die Ausrichtung der Dienstleistungsbereiche Freizeit, Fitness und Wellness auf die Bedürfnisse „junger Alter“
- die Schaffung von familien- und seniorengerechten Wohnangeboten und von wohnbegleitenden Dienstleistungen
- neue Produkte und Methoden der Biomedizin und Medizintechnik
- die verstärkte Ausrichtung der Produktpalette und der Produktqualität auf diese wachsende Käufergruppe („universelles Design“ von Alltagsprodukten).

Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat mit der Auswahl des Schwerpunktes Gesundheitswirtschaft frühzeitig die richtigen Weichen gestellt; innovative Ideen und Produkte tragen bereits jetzt zum Erhalt und zur Sicherung von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe bei. Trotz sinkender Bevölkerungszahlen wird die Nachfrage nach seniorengerechten Produkten, nach entsprechenden Kultur- und Freizeitangeboten sowie der steigende Bedarf an Ge-

sundheits- und Pflegedienstleistungen insgesamt ein großes Potential an qualifizierten Arbeitskräften fordern.

Hier gilt es nicht nur der Änderung der Altersstruktur in der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Die Bemühungen, durch verstärkte Zuwanderung in den Ennepe-Ruhr-Kreis die Bevölkerungsrate zu stabilisieren, gehen auch mit der Nachfrage nach bestimmten Produkten einher; das heißt, dass Güter und Dienstleistungen auch an verschiedene kulturelle, ethnische oder religiöse Orientierungen angepasst werden müssen.

### **Senioren- und familiengerechtes Freizeit- und Tourismusangebot**

Auf Grund seiner Lage und seinen landschaftsräumlichen und kulturhistorischen Potenziale besitzt der Ennepe-Ruhr-Kreis eine hohe Eignung als Freizeit- und Naherholungsstandort. Durch eine gezielte Fortführung der Aktivitäten zum Ausbau der freiraumbezogenen Freizeitinfrastruktur ist es möglich, das Profil des Ennepe-Ruhr-Kreises als Wohnstandort für junge Familien zu schärfen und so der Überalterung der Bevölkerung entgegenzuwirken und gleichzeitig Tages- und Wochenendausflügler aus den benachbarten Ballungszentren anzuziehen.

Bereits jetzt gibt es ein attraktives Angebot für unterschiedliche Interessengruppen. Der Ausbau der touristischen Infrastruktur mit den Schwerpunkten Radfahren, Wasserwandern und Wandern sollte zügig fortgesetzt werden, um den Bedürfnissen einer wachsenden und i.d.R. einkommensstarken Nachfragegruppe gerecht zu werden. In Verbindung mit privaten Anbietern und dem Kompetenzfeld der Gesundheitswirtschaft bietet sich so die Chance, den Ennepe- Ruhr-Kreis zu einer Wellnessregion für ältere Kurzzeittouristen aus den benachbarten Ballungszentren zu entwickeln.

#### **4.2.4 Maßnahmen und Leitprojekte**

##### **Beschäftigungspakt für Ältere**

Die JobAgentur EN ist Preisträger im Ideenwettbewerb des Bundes „Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Regionen“. Mit einer gemeinsam mit Bildungs- und Beschäftigungsträgern der Region entwickelten Konzeption für die Zielgruppe der zwischen 50 und 57jährigen arbeitslosen Fachkräfte erzielte die JobAgentur den 4. Platz von insgesamt 62 ausgewählten Projekten. Damit erhält die Region zusätzliche Fördermittel in Höhe von 4,1 Millionen Euro für die Jahre 2006 und 2007,

die für Projekte zur Beschäftigung, Qualifizierung und beruflichen Integration älterer Arbeitsloser zur Verfügung stehen.

### **Mentoring:Nutzung des Potenzials älterer Arbeitnehmer durch Senior-Patenschaften**

In Zusammenarbeit mit dem Förderverein UnternehmenEN e.V. sollen erfahrene Fach- und Führungskräfte und ehemalige Unternehmer dazu bewegt werden, eine Patenschaft für junge Existenzgründer zu übernehmen. Damit kann das Erfahrungswissen Älterer auch nach ihrem Aussetzen aus dem aktiven Berufsleben genutzt werden.

### **Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen**

Zur (Wieder-) eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt insbesondere nach einer Betreuungsphase sind seit mehreren Jahren die Regionalstellen 'Frau und Beruf' auch im Ennepe-Ruhr-Kreis mit zahlreichen Projekten tätig. Diese Arbeit sollte angesichts der Herausforderungen des demographischen Wandels auch in Zeiten rückläufiger Förderung in geeigneter organisatorischer Form fortgeführt werden.

### **Integration von Migranten**

Nach wie vor bestehen für ausgewählte Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund erschwerte Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt. Um dies zu ändern, ist der Abbau von Vorurteilen bei potenziellen Arbeitgebern ebenso erforderlich wie eine stärkere schulische und gesellschaftliche Integration der betroffenen jungen Menschen. Denkbar ist eine „konzertierte Aktion“ von Arbeitgebern, Bildungsträgern und Kulturvereinen, um die betroffenen Personengruppen zur erforderlichen sprachlichen, sozialen und fachlichen Qualifizierung zu motivieren und ein Abgleiten in die (Dauer-) Arbeitslosigkeit zu verhindern.

### **Ausbau der Clusters "Gesundheit / Wellness", Entwicklung des EN-Kreises zur "Wellnessregion"**

Bereits heute verfügt der Kreis über eine Vielzahl von Kliniken, therapeutischen Einrichtungen und wissenschaftlichen Instituten auf dem Gebiet der Medizin und Gesundheitswirtschaft. Gemeinsam mit privaten Einrichtungen des Freizeit- und Wellnessbereiches bilden sie die Grundlage für ein Netzwerk „Gesundheit/Wellness“, dessen Aufgabe u.a. in der Entwicklung und Abstimmung von Dienstleistungen und Angeboten für die Generation

der „jungen Alten“ liegen könnte. Der Aufbau und das Management dieses Clusters sollte der EN-Agentur übertragen werden.

### **Ausbau der touristischen Infrastruktur für die landschaftsbezogene Erholung**

Mit der Gemeinschaftsinitiative „Das Ruhrtal“, dem Umbau der stillgelegten „Alten Trasse“ zwischen Hattingen und Haßlinghausen zum Fuß- und Radweg und der Fortentwicklung der Freizeitschwerpunkte Kemnade und Glörtalsperre sind im Ennepe-Ruhr-Kreis bereits wesentliche Aktivitäten zum Ausbau der touristischen Infrastruktur angegangen worden. Auch mit Blick auf die wachsende Nachfragergruppe der über 55 jährigen sollen die angegangenen Aktivitäten zum Ausbau der touristischen Infrastruktur kontinuierlich fortgesetzt werden. Schwerpunkte bilden

- im Bereich des Radfahrens die Fertigstellung des Ruhrtalradwegs, die Weiterführung der „AltenTrasse“ über Silschede nach Witten- Bommern durch den KVR und die Erneuerung der Ausschilderung für die EN-Routen; im kommenden Jahr wird zudem die Ausschilderung des landesweiten Radwegenetzes flächendeckend auch im Kreisgebiet erfolgen
- im Bereich des Wanderns die bessere Einbindung der vorhandenen Wanderwege des Südkreises in das Wanderwegenetz Südwestfalens und seiner benachbarten Themenrouten
- im Bereich des Wasserwanderns die Komplettierung von Anlegestellen an der Ruhr und die Beseitigung von Umtragen.

Zugleich wird es darauf ankommen, private Leistungsanbieter (Gastronomen, Veranstalter, Kunstschaffende etc.) aktiv in die Angebotsplanung touristischer Produkte einzubeziehen. Hier ist die erfolgreiche Arbeit der EN-Agentur konsequent weiterzuführen.

### **Förderung altersgerechter /behindertengerechter Produkte und Dienstleistungen ("universelles Design")**

Bereits im Rahmen der Diskussion kommunaler Entwicklungsprojekte im Jahr 2001 wurde gemeinsam mit dem FTB in Wetter-Volmarstein die Idee eines „Zentrums für universelles Design“ entwickelt. Dabei war angedacht, die Aktivitäten des FTB auf dem Gebiet der Entwicklung universeller, d.h. senioren- und behindertengerechter Produkte und Dienstleistungen, weiter auszubauen. Hier sollte versucht werden, die bereits entwickelte Pro-

jektsskizze an die aktuellen Entwicklungen anzupassen und erneut in die Diskussion zu bringen.

## **4.3 Mobilität / Verkehr**

### **4.3.1 Ausgangslage**

Aufgrund der engen Verflechtung mit den benachbarten Oberzentren Bochum, Hagen, Dortmund, Wuppertal und Essen hat der Regionalverkehr für den Ennepe-Ruhr-Kreis eine hohe Bedeutung. Er setzt sich in erster Linie aus Ein- und Auspendlerströmen zusammen, deren Größenordnung in Kapitel 2 näher dargestellt wird. Im Rahmen der Nahverkehrsplanung durchgeführte Analysen zeigen, dass rd. 39 % aller durchgeführten Fahrten die Kreisgrenzen überschreiten. Dagegen ist der Anteil des kreisinternen Regionalverkehrs zwischen einzelnen kreisangehörigen Städten mit rd. 9 % auffallend gering.

Lokale Aktivitäten werden verstärkt innerhalb der eigenen Gemeinde durchgeführt. Beleg hierfür ist die Tatsache, dass über 50 % der Fahrten Binnenverkehr der kreisangehörigen Städte darstellen.

In Übereinstimmung mit dem landesweiten Trend ist aufgrund zurückgehender Bevölkerungszahlen davon auszugehen, dass das Verkehrsaufkommen im Personenverkehr in den kommenden Jahren leicht zurückgehen wird, während das Güterverkehrsaufkommen kontinuierlich ansteigen wird. Freizeit- und Besorgungsverkehr werden weiter an Bedeutung gewinnen, während im Ausbildungs- und Schülerverkehr starke Rückgänge zu erwarten sind.

Aufgrund der Siedlungsstruktur und der topografischen Gegebenheiten im EN-Kreis wird bei der Verkehrsmittelwahl der PKW mit einem Anteil von über 60 % seine dominante Stellung behaupten. Bis zum Jahr 2015 ist ein weiterer Anstieg der Motorisierung der Kreisbevölkerung auf 574 PKW je 1.000 EW zu erwarten, wobei sich der Motorisierungsgrad innerhalb der kreisangehörigen Städte durchaus unterschiedlich darstellt (z.B. Witten mit 551 PKW je 1.000 EW und Breckerfeld mit 610 PKW je 1.000 EW). Zudem wird die ältere Generation häufiger und länger auf den privaten PKW zurückgreifen, als es heute der Fall ist.

Durch die Attraktivierung des ÖPNV-Angebotes konnte in den letzten Jahren eine kontinuierliche Steigerung der Fahrgastzahlen erreicht werden. Sinkende Schülerzahlen und eine höhere PKW-Nutzung älterer Bürgerinnen und Bürger lassen erwarten, dass dieser Trend nicht fortgeschrieben werden kann. Allerdings machen die gestiegenen Treibstoffkosten den ÖPNV zunehmend für Berufspendler attraktiv, die bisher auf den privaten PKW zurückgegriffen haben. Vor diesem Hintergrund erscheint weiterhin ein Marktanteil von 9 bis 10 % aller Fahrten realistisch.

Während innerhalb der Siedlungsschwerpunkte ein bedeutender Anteil aller Wege zu Fuß zurückgelegt wird, spielt das Fahrrad als Verkehrsmittel im Alltagsverkehr mit rd. 3 % nur eine untergeordnete Rolle. Hintergrund ist die bewegte Topografie des Kreisgebietes, die eher sportlich ambitionierte Freizeitradler reizt.

#### **4.3.2 Ziele und Strategien**

Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Themenfeld „Mobilität“ bestehen für den Ennepe-Ruhr-Kreis primär in seiner Funktion als Aufgabenträger zur Planung und Ausgestaltung des ÖPNV. Als Verfahrensbeteiligter bei städtebaulichen und verkehrlichen Planungen der kreisangehörigen Städte kann er zusätzlich darauf hinwirken, eine kreisweit abgestimmte Strategie zur Mobilitätssicherung und Mobilitätsabwicklung umzusetzen, die alle Verkehrsmittel berücksichtigt und den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen Rechnung trägt.

#### **Den Mobilitätsbedürfnissen älterer Menschen gerecht werden**

Während die Gruppe der Schülerinnen und Schüler als wichtige Kundengruppe des ÖPNV an Bedeutung verliert, ist den Mobilitätsbedürfnissen älterer Menschen zukünftig verstärkt Rechnung zu tragen. Im Vergleich zum Berufs- und Ausbildungsverkehr haben der Besorgungs- und Freizeitverkehr in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Eine Ursache hierfür liegt in der wachsenden Zahl „junger Alter“, auf deren Mobilitätsbedürfnis u.a. der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) bereits mit der Einführung des „Bärentickets“ reagiert hat.

Eine weitere Zielgruppe stellt die wachsende Gruppe Hochbetagter dar, die nicht (mehr) über einen eigenen PKW verfügen und im Freizeit- und Besorgungsverkehr sowie zur

Teilhabe am öffentlichen Leben auf öffentliche Fahrdienste angewiesen sind. Viele dieser älteren Menschen gehören zu der Fahrgastgruppe, die aufgrund von Behinderungen in ihrer Mobilität eingeschränkt ist. Um Menschen mit Behinderungen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern, wurde bereits im Jahr 1994 im Art. 3 des Grundgesetzes festgeschrieben, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Durch das am 01.05.2002 in Kraft getretene Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes (BGG) und das in der Folge am 01.01.2004 in Kraft getretene BGG NRW wurde diesem Grundrecht Nachdruck verliehen; die Belange behinderter und mobilitätseingeschränkter Menschen sind künftig stärker als bisher zu berücksichtigen.

### **Mobilitätssicherung für alle Bevölkerungsgruppen**

Trotz stagnierender Realeinkommen hat die PKW-Verfügbarkeit in der Bevölkerung weiter zugenommen. Zugleich ist jedoch auch das Fahrtenaufkommen im ÖPNV gestiegen. Dies deutet darauf hin, dass wahlfreie Bevölkerungsgruppen zunehmend das Verkehrsmittel wegeabhängig bestimmen. Steigende Kraftstoffpreise, die restriktive Ausweisung von Parkraum und ein erhöhtes Umweltbewusstsein tragen dazu bei, dass ein gut ausgebauter ÖPNV-Angebot in breiteren Bevölkerungsschichten mehr als bisher auf Akzeptanz stößt. Hinzu kommt die sich verschärfende Situation einkommensschwacher Haushalte, deren Möglichkeiten zur Teilhabe am öffentlichen Leben durch die Bereitstellung eines flächendeckenden Nahverkehrsangebotes erheblich verbessert werden. Insgesamt ist davon auszugehen, dass eine gute ÖPNV-Anbindung die Auswahl der Wohnstandorte bei mobilen jungen Familien stärker als bisher beeinflusst.

### **Zurückgehender Nachfrage durch bedarfsorientierte Verkehrsangebote Rechnung tragen**

Neben der kritischen Haushaltssituation gebietet auch die zu erwartende zurückgehende Fahrgastnachfrage, dass im Rahmen einer das gesamte Kreisgebiet umfassenden Linienetzrevision noch vorhandene Rationalisierungspotenziale im ÖPNV-Angebot bei weitestgehender Beibehaltung der erreichten Angebotsqualität ausgeschöpft werden. Wesentliche Ansatzpunkte liegen hierbei im Abbau von Überbedienungen und Parallelverkehren und dem verstärkten Einsatz bedarfsorientierter Bedienungsformen (AST, Anruf-Linien-Taxi) in Zeiten und Räumen mit geringer Verkehrsnachfrage. Anruf-Sammel-Taxi-Verkehre (AST) erlauben außerdem einen Transfer aus den Stadtzentren „vor die Haustür“ und sind damit besonders behinderten- und altengerecht.

## **Bürgerschaftliches Engagement und private Initiativen fördern**

Zurückgehende öffentlichen Finanzierungsmittel setzen dem weiteren Ausbau des ÖPNV-Angebotes enge Grenzen. Es ist daher nötig und sinnvoll, dieses Angebot zukünftig mit bürgerschaftlichen Initiativen und zu verknüpfen. Die vorhandene Bereitschaft gerade der mobilen älteren Bevölkerung zur Selbsthilfe muss stärker als bisher durch die öffentliche Hand unterstützt und gefördert werden.

So haben sich bereits in Ennepetal, Hattingen und Witten Bürgerbusvereine gegründet, die eine kostengünstige Busbedienung in Siedlungsbereichen sicherstellen, die bisher nicht durch den ÖPNV erschlossen waren. Diese Vereine besitzen zugleich eine hohe kommunikative Bedeutung für die ältere Generation, da sich ein Großteil der Fahrer und Fahrerinnen, aber auch der Fahrgäste, aus Seniorinnen und Senioren zusammensetzt. Im pendlerbezogenen Regionalverkehr bildet die Organisation von Fahrgastgemeinschaften einen wesentlichen Ansatz, um den täglichen Stau auf den Straßen zu reduzieren und die privaten Verkehrsausgaben zu senken.

## **Integration von Verkehrsmitteln und Verkehrsangeboten**

Durch den steigenden PKW-Besatz steigt bei einem gleichzeitig gut ausgebauten ÖPNV-Angebot die Zahl der „wahlfreien“ Verkehrsteilnehmer. Immer mehr dieser Menschen wählen ihr Verkehrsmittel fahrtzielbezogen aus. Zunehmende Bedeutung gewinnen Fahrtenketten, bei denen sowohl individuelle (PKW, Fahrrad) als auch öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden. Hierauf sollte zukünftig durch eine bessere Integration von Verkehrsmitteln und Verkehrsangeboten reagiert werden.

### **4.3.3 Maßnahmen und Leitprojekte**

Die im Bereich des ÖPNV angestrebten Ziele und Strategien zur Mobilitätssicherung sollen im Rahmen der bereits beschlossenen **Fortschreibung des Nahverkehrsplanes (NVP EN)** konkretisiert und anschließend umgesetzt werden:

Mit der Fortschreibung des NVP EN soll im Rahmen der Umsetzung des BGG eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden, inwieweit der ÖPNV im Ennepe-Ruhr-Kreis die Anforderungen an eine möglichst weitreichende **Barrierefreiheit** erfüllt. Die noch erforderlichen Maßnahmen und entsprechende zeitliche Vorgaben zu deren Durchführung müssen im neuen NVP EN dokumentiert werden. Die Planung und Umsetzung der notwendigen

Maßnahmen an Haltestellen, Umsteigepunkten und Fahrzeugen muss in enger Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten und den Verkehrsunternehmen erfolgen.

Eine **Mobilitätssicherung** für alle Bevölkerungsgruppen lässt sich ohne zusätzliche Finanzmittel erreichen, wenn das bestehende Leistungsangebot kritisch überprüft und auf den zu erwartenden Bedarf ausgerichtet wird. Zurückgehende Schülerzahlen und die zunehmende Flexibilisierung des Berufsverkehrs werden zu einem Abbau der Verkehrsspitzen führen. Dagegen ist den wachsenden Verkehrsbedürfnissen im Freizeit- und Besorgungsverkehr im Hinblick auf neue Verbindungen und Betriebszeiten verstärkt Rechnung zu tragen. Sie sind ohne Mehraufwand finanzierbar, wenn im Gegenzug schwach genutzte Angebote zukünftig durch flexible Bedienungsformen (AST, ALT) abgewickelt werden.

Bürgerschaftliches Engagement in **Bürgerbusvereinen** werden Kreis und kreisangehörige Städte in den kommenden Jahren verstärkt fördern, um entstehende und bestehende Versorgungslücken zu schließen. Z. Zt. befinden sich in Witten-Durchholz sowie in Wetter zwei weitere Bürgerbusvereine in der Gründungsphase. Dort wie auch in Hattingen und Witten unterstützt die Stadtverwaltung den Verein bei der Angebotsplanung und betrieblichen Umsetzung, wobei der EN-Kreis als ÖPNV-Aufgabenträger eingebunden wird.

Mit der jüngst beschlossenen Beteiligung des Kreises am **Pendlernetz NRW** wird zukünftig den Ein- und Auspendlern des EN-Kreises eine Internetplattform zur Verfügung gestellt, um NRW-weit Fahrgemeinschaften zu bilden. Sie sind ein wirksames Instrument zur Entlastung des Straßennetzes und führen zu erheblichen Kosteneinsparungen bei den beteiligten Pendlern.

Die bessere **Integration von Verkehrsmitteln und Verkehrsangeboten** ist eine Daueraufgabe in der Zusammenarbeit zwischen VRR, Ennepe-Ruhr-Kreis, kreisangehörigen Städten und den Anbietern von Mobilitätsdienstleistungen. Eine besondere Bedeutung besitzt dabei die bedarfsgerechte Bereitstellen von P+R- sowie B+R-Anlagen an zentralen Umsteigepunkten im Kreisgebiet. Bei dem Projekt „**bikey**“ ist der Kreis Partner der Stadt Witten und des VRR bei der Erprobung eines neuartigen Fahrrad-Verleih-Angebotes im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr.

## **4.4. Siedlungs- und Flächenpolitik / Wohnungsbau**

### **4.4.1. Ausgangslage**

Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat mit einer stark abnehmenden Bevölkerungszahl zu rechnen. Er nimmt unter den Ballungsrandkreisen des Ruhrgebiets eine eindeutig negative Stellung ein. Betrachtet man Vergleichskreise, beispielsweise den Kreis Unna als Ballungsrandkreis sowie auch den Kreis Coesfeld, zeigen sich dort z.B. hohe Wachstumsraten für die Zukunft.

Neben den schon erwähnten Gründen kann die kommunale Wohnbauflächenplanung zu diesem Ergebnis möglicherweise beigetragen haben.

Welche Ursachen kann diese unterschiedliche Entwicklung haben?

Zunächst festzuhalten ist, dass die mit einer positiven Bevölkerungsentwicklung versehenen Landkreise, Flächenkreise in ebenen Agrarlandschaften sind, in denen bei Flächeninanspruchnahme weniger ökologische Konflikte und geringere städtebauliche Kosten bei der Entwicklung von Baugebieten anfallen.

Im Gegensatz hierzu hat der Ennepe-Ruhr-Kreis eine reichhaltig strukturierte Landschaft mit einer hohen Reliefenergie (mittelgebirgig), die zu schwierigen Erschließungen und damit zu hohen städtebaulichen Kosten führt. Hieraus resultiert auch teilweise die gegebene Flächenknappheit.

Lokal eindeutig feststellbar ist auch der Einfluss einer restriktiven Naturschutzpolitik der vergangenen zwei Dekaden im Kreisgebiet. Im Konsens mit den Gemeinden sind ca. 70 % der Fläche des Ennepe-Ruhr-Kreises im Zuge der Landschaftsplanung unter Landschafts- oder Naturschutz gestellt worden.

Diese Zahl kann, muss aber nicht erschrecken. Es ist üblicherweise so, dass im Zuge der Landschaftsplanung komplett alle Flächen, die nicht dem Innenbereich der Städte angehören, über Landschaftspläne abgedeckt werden.

Entscheidend ist, dass viele dieser Flächen im geschützten Außenbereich ohne hohe Qualität und ohne Schutzziele Gegenstand der Landschaftsplanung geworden sind und

damit zunächst für eine Bauleitplanentwicklung nicht mehr in den Focus der Stadtplanung gerückt wurden.

Es muss an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, dass diese Flächenpolitik im Kreis durch die Planungsbehörden und Räte der mit Planungshoheit ausgestatteten Städte und Gemeinden geschah.

Die Vorgaben der Landschaftsplanung (behördlich), die restriktive Haltung des Beirates bei der unteren Landschaftsbehörde, die umweltpolitische Stimmung in den politischen Gremien sowie der Druck der Naturschutzverbände haben keinen offensiveren Angang an Wohnbauflächengenerierung erlaubt.

Ebenso ist festzustellen, dass in bundesdeutschen und speziell nordrheinwestfälischen Planungssystemen zwar das „Gegenstromprinzip“ gilt - regionalplanerische Vorgaben zu möglichen kommunalen Flächenausweisungen werden mit den kommunalen Vorstellungen konsensual im Verfahren der Gebietsentwicklungsplanung abgeglichen - jedoch im Grundsatz weiter das „Anpassungsgebot“ für kommunale Pläne an raumordnerische Vorgaben gilt. Die hohen Bevölkerungsverluste der Kernstädte im Ruhrgebiet haben bei der Aufstellung der aktuellen Gebietsentwicklungspläne von vornherein zu einer vorsichtigen Flächenzuwachs bemessung für die Kommunen der Ballungsrandzonen geführt.

Für den Kreis als handelnder Akteur im Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden besteht nur partiell eine Möglichkeit der Einflussnahme, um zumindest lindernden Einfluss auf die negative demografische Entwicklung im Kreisgebiet zu nehmen. Bei einem anderen Umgang mit den gerade qualifizierten Flächen in den Randbereichen unserer Siedlungsflächen, könnte eine positive Bevölkerungsentwicklung durch Zuwanderung betrieben werden. Dass eine solche Strategie grundsätzlich negative Wanderungssalden an anderen Stellen hinterlässt, ist selbstredend und an dieser Stelle abzuwägen.

## **Thesen**

1. Der Ennepe-Ruhr-Kreis ist als Intercity-Kreis ein idealer Wohnstandort im Grünen.
2. Hochwertige Wohnlagen in landschaftlich reizvoller Lage sind nur marginal im Ennepe-Ruhr-Kreis entwickelt worden.
3. Die Mainstream-Wohngebiete (Reihenhaus- und Doppelhaushälften) in mittleren Lagen stehen in Konkurrenz zu den Flächen, die die Großstädte als Reflex auf (Ab-)Wanderungssalden ausgewiesen und entwickelt haben. Diese sind aber tendenziell hochpreisiger als an manchen Standorten in den Ballungszentren. So hat beispielsweise die Stadt Dortmund mit ihrem sog. „5000“- Programm schon frühzeitig reagiert und ablesbare Erfolge erzielt.
4. Es ist nicht davon auszugehen, dass im Segment des kosten- und flächensparenden Bauens im niederpreisigen Bereich vor dem Hintergrund der allgemeinen ökonomischen Lage, dem Fortfall der Eigenheimzulage, den nahezu innerhalb einer Dekade verdoppelten Mobilitätskosten und strikteren Vorgaben zur staatlichen Eigenheimförderung, in Konkurrenz zu unseren Nachbarn Wanderungsgewinne zu erzielen sind. In den Flächennutzungsplänen der EN-Städte enthaltenen Wohnbauflächen die auf dieses Marktsegment abzielen reichen tendenziell nur aus, um den aus den Städten selbst erwachsenen endogenen Bedarf nach Eigentumsbildung zu decken.
5. Es gibt eine finanz- und einkommenssteuerkräftige Schicht auf der Suche nach diesen Top-Lagen im Ennepe-Ruhr-Kreis. Die Ansiedlung einkommensstarker Bevölkerungsgruppen mit gehobenen Wohnansprüchen wirken sich bedingt durch die Mechanismen der Einkommenssteuerverteilung auf die Gemeinden und den Finanzausgleich nicht so positiv aus wie beispielsweise die höhere Bevölkerungsdichte bei verdichteten Bauweisen auf gleicher Fläche, jedoch steigen Kaufkraft für die Region sowie insbesondere der Imagefaktor des Ennepe-Ruhr-Kreises.

### **4.4.2. Zielsetzung**

Es ist über alle Auswirkungen und Facetten abzuprüfen, ob das Verfolgen einer Strategie der Schaffung von Wohnbauflächen für ein gehobenes Marktsegment in reizvollen Lagen

unserer Kreisstädte als ein Beitrag zur Minderung der negativen Bevölkerungsentwicklung und ihrer Folgen zu sehen ist.

#### **4.4.3 Maßnahmen und Leitprojekte**

Im Sinne dieser Zielsetzung werden folgende Aktivitäten vorgeschlagen:

##### **Untersuchung des Wohnungsmarktes**

Die Marktsituation im Wohnungsmarkt ist vorab umfassend zu analysieren. Ergebnisse von Wohnungsmarktanalysen im Umkreis zeigen überraschende Ergebnisse. So ist die Abwanderung beispielsweise aus der Stadt Dortmund nur im geringen Maße mit Eigentumsbildung im Umland verbunden.

Hieraus ließen sich ggf. Rückschlüsse auch für Chancen des Ennepe-Ruhr-Kreises und seiner Gemeinden auf den Markt des Mietwohnungsbaus ziehen.

Speziell ist die Konkurrenzsituation im Segment der üblicherweise durch Bauträger entwickelten Reihenhaus- und Doppelhaushälftensiedlungen für den Kreis im Umfeld und in der Konkurrenz zu den Großstädten und ihrem Wohnbauflächenprogramm zu erforschen.

Die Hypothese, dass es eine größere Nachfrage im hochpreisigen, gehobenen Eigentumsmarktsegment gibt, ist zu bestätigen und in ihrem Umfang abzuschätzen.

Auf der Basis existenter Wohnungsmarktanalysen (bspw. Hattingen und Landesbausparkasse für den Südkreis) ist nur durch eine weitere, zusammenfassende Expertise, die insbesondere Chancen des Kreises auf Abschöpfen von Wanderungsgewinnen bei sonst negativer Entwicklung (Sterbefallüberschuss) in den verschiedenen Marktsegmenten aufzeigt, grundlegende Planungssicherheit zu gewinnen.

##### **Wohnbauflächenpotential**

Die bestehenden Wohnbaupotentiale sind in einem einfachen Raster durch die planenden Behörden aufzulisten. Neben den Flächen und ihrer zeitlichen Verfügbarkeit sind insbesondere die qualitativen Lagefaktoren zu bewerten. Hierzu ist ein Bewertungssystem zu den Faktoren

- überregionale Verkehrsanbindung
- Verlärmung und andere Immissionen
- Bezug zum Landschaftsraum
- Infrastrukturanbindung lokal

zu entwickeln.

Wesentlich ist die Differenzierung nach der beabsichtigten Bauweise und Dichtewerten, da sie grundlegend die Marktsegmentierung bedingen.

### **Regionalplanung**

Der Gebietsentwicklungsplan von 2001 macht eindeutige Vorgaben zu weiteren Entwicklungsflächen für unsere Städte in einem Zeitraum von ca. 20 Jahren. Die Flächennutzungspläne sind vom Grundsatz her diesen Vorgaben anzupassen. Umgekehrt ist der Gebietsentwicklungsplan im sog. „Gegenstromprinzip“ (in diesem Falle landesplanerische Anpassung nach § 20 Landesplanungsgesetz) durchaus flexibel.

Die Zielkonkurrenzen zwischen einer Stabilisierung der negativen Bevölkerungstrends in den umliegenden Großstädten und einer weiteren Flächenausweisung in der Ballungsrandzone (hier: im Ennepe-Ruhr-Kreis) liegen auf der Hand. Dennoch ist ein Aushandlungsprozess, der grundsätzlich auch den Austausch von Flächen guter und geringer Eignung fokussiert, aussichtsreich.

### **Neue Baugebiete mit hoher Lagegunst**

Wenn neue Wohnlagen gehobener Kategorie eine neue Entwicklungschance und einen Beitrag zur Abschwächung des generellen demografischen Trends für den Kreis tatsächlich darstellen, sind diese Wohnlagen planerisch zu identifizieren. Insbesondere sind die Suchkriterien zu bestimmen.

Eine umfassende städtebauliche Kalkulation bedeutet, die gesamte Infrastruktur und auch Folgekosten in die Bewertung mit einzubeziehen. Ziel kann es nicht sein, den bisher im Kreisgebiet - mit Blick auf Natur und sanfte touristische Entwicklung - restriktiven Kurs der Einzelgenehmigung von Vorhaben im Außenbereich zu unterminieren.

Überprüfungswürdig ist eine Fülle von verdichteten „Außenlagen“ und Randlagen mit ausreichender infrastruktureller Ausstattung.

### **Landschaft und Naturschutz**

Die so identifizierten Flächen sind in einem offenen Diskurs mit dem Naturschutz im Ennepe-Ruhr-Kreis zu erörtern. Hierzu zählt die verwaltungsseitige Bewertung der Ausweisung und Festsetzung der Landschaftspläne um ggf. eine erste Einschätzung zum möglichen Flächenumfang für potentielle Baugebiete zu erhalten. Diese Ersteinschätzung ist mit Naturschutzgruppen und Beirat sowie dem Satzungsgeber in der Vorplanungsphase zu erörtern, da die Landschaftspläne ggf. der Änderung bedürfen.

### **Bilanz**

Die Arbeitsergebnisse sind zu bilanzieren. Hierbei sind - vergleichbar einer Offenlegung im Bauleitplanverfahren - die Bedenken und Anregungen darzustellen.

Eine solche Bilanz muss offen sein für eine sog. „Nullvariante“, wenn Aufwände und Umwelteinwirkungen in keinem Verhältnis zum Ertrag stehen, d.h. bspw. nur unbedeutende Beiträge zur demografischen Trendschwächung leisten, sollte von weiteren Planungsprozessen abgesehen werden.

Zu einem offenen Zukunftsdialo g gehört ebenso die Diskussion der These, dass eine Abnahme der Bevölkerung nicht zwingend nachteilig für eine Region sein muss, wenn gleichzeitig und parallel eine Infrastrukturrevision vorgenommen wird, die ein Missverhältnis zwischen Wohnbevölkerung und Infrastruktureinrichtungen vermeidet.

### **Politische Diskussion**

Ein solches Programm erfordert einen ausgewiesenen Kommunikationsplan für den Prozess. Selbstredend steht an erster Stelle die Diskussion über diesen Ansatz mit den Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Städte.

Bei allgemeiner Zustimmung zu einem Einstieg in diesen Planungsdialog ist ein Ablaufplan versehen mit Meilensteinen und den einzelnen Beteiligungsschritten über eine Zeitschiene zu entwerfen. Die Diskussion in Ausschüssen und Räten der Städte des Ennepe-Ruhr-

Kreises sowie parallel in den Gremien des Kreises muss aufgrund der Abhängigkeit von Flächennutzungsplanung und Landschaftsplanung parallel geführt werden.

Sollte sich der verfolgte Ansatz als ein richtungsweisender mit Blick auf die Einflussnahme auf die demografische Entwicklung im Kreisgebiet erweisen, so sollten diese Arbeitsergebnisse kombiniert mit den übrigen Wohnbauentwicklungsprojekten unserer Städte sowie den in Vorbereitung befindlichen Modernisierungs-/Stadtumbauprojekten der im Kreis vertretenen Wohnungsbaugesellschaften insgesamt zu einem „Handlungsprogramm Wohnen“ (8.) zusammengeführt werden.

## **4.5 Altenhilfe / Pflege**

### **4.5.1 Ausgangslage und Problementwicklung**

Die Betroffenheit der kommunalen Ebene durch den demographischen Wandel ist im Bereich von Altenhilfe und Pflege besonders offensichtlich. Hier sind die sozialen und finanziellen Auswirkungen sicher am gravierendsten. Der Ennepe-Ruhr-Kreis stellt dabei keine Besonderheit dar; er nimmt an einem gesamtgesellschaftlichen Trend teil. Dennoch kann der Handlungsbedarf nicht 'schematisch' ermittelt werden. Er muss auf die besondere Ausgangslage, die vorhandenen Angebotsstrukturen und die spezifischen demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Trends dieses Raumes ausgerichtet werden.

Die Brisanz des Themas 'Pflege' ist auf das Zusammenwirken verschiedener Faktoren zurückzuführen, die sich wechselseitig verstärken:

- Demographische Entwicklung im engeren Sinne:  
Bedingt durch die längere Lebenserwartung nimmt die Zahl der älteren Bewohner absolut und relativ kontinuierlich zu. Dabei ist nicht diese Tatsache an sich unter dem Aspekt 'Pflege' besonders relevant, sondern die veränderte Relation zwischen den - in der Regel noch gesunden und mobilen - 'jungen Alten' und den Hochbetagten. So steigt im Ennepe-Ruhr-Kreis die Zahl der über 60-Jährigen bis 2020 um etwa 15 %, die der 80-Jährigen und Älteren aber um 77 %. Langfristprognosen für die Bundesrepublik, die in der Tendenz auf den Kreis übertragbar sind, zeigen, dass der Anteil der Hochalt-rigen (80 +) an der Gesamtbevölkerung von zur Zeit 4 % auf 11 % im Jahr 2050 stei-

gen wird.

- Entwicklung der Pflegebedürftigkeit:

Mit zunehmendem Alter wird das Risiko der Pflegebedürftigkeit deutlich höher. Derzeit sind 4 % der 60 - 80-Jährigen, aber bereits 32 % der über 80-Jährigen pflegebedürftig. Prognosen über die Empfänger von Pflegeversicherungsleistungen gehen dementsprechend für den EN-Kreis von einem Anstieg um über 35 % bis 2020 aus; die Zahl der Personen, die in Pflegeheimen versorgt werden, würde bei unveränderten Strukturen und Verfahrensabläufen sogar um 43 % steigen.

- Selbsthilfepotentiale:

Diesem wachsenden Problemdruck steht eine Abnahme der Möglichkeiten, Pflegeleistungen im familiären Kontext zu erbringen, gegenüber. Der Anteil von Singlehaushalten und kinderlosen Haushalten steigt weiter an; die Stabilität von Familienstrukturen und damit die Wahrscheinlichkeit, dass sich im Alter Familienmitglieder gegenseitig unterstützen, verringert sich. Da mit zunehmendem Alter in der Regel auch die sozialen Kontakte zurückgehen, tritt das Problem der Vereinsamung älterer Menschen immer stärker in den Vordergrund.

Am markantesten werden die reduzierten Möglichkeiten, Pflege im familiären Umfeld zu gewährleisten, durch einen statistischen Indikator ausgedrückt: pflegende Angehörige sind in aller Regel Frauen im Alter von 40 - 60 Jahren; im Jahr 2002 entfielen rechnerisch noch ca. 3 - 4 Frauen dieser Altersgruppe auf einen hochbetagten Menschen, im Jahr 2020 sind es nur noch 2, mit weiter fallender Tendenz.

- Kostenentwicklung:

Der Kreis hat als örtlicher Träger der Sozialhilfe seit dem 01.01.2004 in vollem Umfang die Kosten der 'Hilfe zur Pflege in Einrichtungen' nach dem SGB XII für Menschen über 65 Jahren sowie die Kosten des Pflegewohngeldes nach dem Landespflegegesetz NW zu tragen. Unter Einbeziehung der Investitionskostenförderung für ambulante Pflegedienste hat der Ennepe-Ruhr-Kreis für das 'System Pflege' im Jahr 2005 bereits ca. 17,2 Mio. € aufzubringen. Zur Zeit steigen diese Kosten um 1 bis 1,5 Mio. € jährlich.

## **Resümee**

Offensichtlich ist, dass das derzeitige System von Altenhilfe und Pflege - bei aller Anerkennung des Engagements der hier tätigen Personen und Institutionen - weder den Ansprüchen des Großteils der Betroffenen an Lebensformen und Betreuung im Alter entspricht noch angesichts der Dynamik demographischer und sozialer Prozesse langfristig zukunftsfähig ist. Die sich abzeichnende Kostenentwicklung bedroht die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen insgesamt. Eine solche Einschätzung kann generell, aber auch speziell für den Ennepe-Ruhr-Kreis getroffen werden.

### **4.5.2. Zielsetzungen**

Der Kreis als Aufgaben- und Kostenträger ist gefordert, Vorstellungen zur Zukunft von Altenhilfe und Pflege zu entwickeln. Dazu verpflichtet das novellierte Landespflegegesetz, das den Aufgabenträgern einerseits die „Sicherstellung der pflegerischen Angebotsstruktur“ (§ 2) und der „Beratung“ (§ 4) auferlegt und sie zu einer „kommunalen Pflegeplanung“ (§ 6) verpflichtet. Andererseits sind durch die Novellierung konkrete Steuerungsinstrumente im Investitionsbereich entfallen. Es ist politisch gewollt, dass Markt und Wettbewerb neben dem ambulanten auch im stationären Pflegebereich stärker zum Tragen kommen. Die Steuerungsmöglichkeiten des Kreises als Aufgaben- und Kostenträger können nur darin liegen, Vorstellungen zur Zukunft von Pflege zu entwickeln, entsprechende Marktsignale zu geben und konsequent Strukturen im Vorfeld stationärer Pflege aufzubauen.

Alle vorliegenden Erhebungen zeigen, dass es weit überwiegender Wunsch älterer Menschen ist, solange wie möglich in der eigenen Wohnung und im eigenen Lebensumfeld zu bleiben und dort bei Bedarf unterstützt zu werden. Die Aufnahme in einem Pflegeheim wird meist nur als 'letzte Möglichkeit' betrachtet, wenn keine Alternativen mehr gesehen werden.

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ prägt inzwischen ganz deutlich die neue Sozialgesetzgebung.

Vor diesem Hintergrund sowie im Hinblick auf die Kostenentwicklung und die Finanzierungsproblematik sollten die Heimkapazitäten im Ennepe-Ruhr-Kreis auf das nach Ausschöpfen aller anderen Möglichkeiten erforderliche Minimum begrenzt bleiben. Es wird im Zuge der Leitbildentwicklung zur 'Zukunft des Alters' im Ennepe-Ruhr-Kreis zu diskutieren sein, ob das Ziel eines Ausbaustops von stationären Einrichtungen die zukünftige strategi-

sche Grundausrichtung darstellen soll und der Versorgungssituation im Kreisgebiet angemessen ist.

Insbesondere aus der Kreissicht steht die Weiterentwicklung des Pflegesystems zwangsläufig im Vordergrund. Dies ist allerdings nicht zu trennen von einer Altenpolitik in einem weiteren Sinne, die

- die älteren Menschen nicht in erster Linie als Problem sieht, sondern als Potential und Chance für die Entwicklung regionaler Strukturen,
- die Lebensumstände älterer Menschen im Ganzen einbezieht und sich damit von der klassischen 'Altenhilfe' löst,
- auch die Aspekte von Prävention und Vermeidung von Pflegebedürftigkeit hoch gewichtet.

#### **4.5.3 Maßnahme / Leitprojekte**

Zur Umsetzung dieser Zielvorstellungen ist zunächst ein forcierter und zeitlich konzentrierter **Planungsprozess** zu organisieren, der sich im wesentlichen in drei Bausteinen darstellt:

- Bestandsaufnahme der relevanten demographischen und sozialen Faktoren für den Kreis und Szenarien der zukünftigen Entwicklung, einschließlich der finanziellen Auswirkungen
- strategische Positionierung für den Ennepe-Ruhr-Kreis: Leitbild, Ziele, Definition der wesentlichen Maßnahmefelder in ihren Wechselwirkungen
- fachliche Teilplanungen in den relevanten Maßnahmefeldern.

Dieser Planungsprozess ist mit einem Grundsatzbeschluss des Kreistages bereits eingeleitet worden.

Bis zur Jahresmitte 2006 werden die erforderlichen Analysen, Prognosen und Szenarien soweit vorliegen, dass auf dieser Grundlage ein breit angelegter Beteiligungsprozess zur strategischen Positionierung und Leitbildentwicklung erfolgen kann. Es wird vorgeschlagen, in diesem Arbeitsstadium - etwa zur Jahresmitte 2006 - eine Fachkonferenz zur 'Zukunft des Alters im EN-Kreis' (Arbeitstitel) zu organisieren. Auf der Grundlage eines breit angelegten Leitbild- /Strategieprozesses sollen anschließend die spezifischen fachlichen Planungen in den für den Kreis relevanten Themen einsetzen, indem jeweils kleine Arbeitsgruppen der relevanten Experten gebildet werden.

Unter dem Vorbehalt der noch ausstehenden Klärungsprozesse wird es nach der derzeitigen Problemsicht dabei im wesentlichen um folgende Themen gehen:

### **Gesundheitsvorsorge**

Das deutsche Gesundheitssystem befindet sich im Umbruch. Es dominieren dabei die Ansätze zur Effizienzsteigerung und zur Kostenbegrenzung. Auf der systemischen Ebene entwickeln sich modellhaft integrierte Systeme, die durch Koordinierung der Sektoren der stationären und der ambulanten medizinischen Versorgung Leistungsverbesserungen erreichen sollen. Im Vergleich zu diesem Prozess wird die Prävention bisher vernachlässigt. Prävention und Gesundheitsförderung sind nicht nur für Kinder und Jugendliche von Bedeutung, sie spielen auch für die Stärkung der Gesundheitspotentiale und die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit im Alter eine wesentliche Rolle. Die Aufgabe der Präventionspolitik besteht in der intersektoralen Zusammenarbeit. Die Vernetzung von Initiativen und Akteuren etwa in der Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik sowie der Verkehrs- und Wohnungsplanung sind eine wesentliche Voraussetzung für den gesellschaftlichen Erfolg von Gesundheitsförderung.

Von besonderer Bedeutung bei der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit im Alter sind Rehabilitationskonzepte, die in der deutschen Geriatrie und Altenhilfe noch wesentlich stärker zu entwickeln und zu integrieren sind.

### **Beratung und individuelle Hilfeplanung**

Wichtiger Bestandteil eines Maßnahmenbündels zur Weiterentwicklung der Altenhilfe im Ennepe-Ruhr-Kreis ist ein umfassendes und flächendeckendes Beratungssystem und die persönliche Begleitung und Unterstützung von alten Menschen, die keinen Kontakt nach außen haben und selbst nicht in der Lage sind, sich eine adäquate Hilfe zu besorgen oder bei denen das persönliche Umfeld damit überfordert ist.

- Der **trägerunabhängigen Beratung** kommt eine Lotsenfunktion zu. Sie soll in dem für pflegebedürftige oder von Pflegebedürftigkeit bedrohte Menschen und ihre Angehörigen nur schwer überschaubaren Dienstleistungsangebot die für eine optimale Versorgung der Betroffenen adäquaten Leistungen herausfinden. Durch eine qualifizierte Beratung, das sagen alle Erfahrungen, wird oft vermieden,

dass von vornherein schon kostenträchtige Versorgungsformen in Anspruch genommen werden, wenn es gleichwertige oder bessere Alternativen mit einem geringeren Kostenaufwand gibt. Bei einer Ausweitung der Pflege und Betreuung in der eigenen Wohnung werden die Leistungen der trägerunabhängigen Beratung immer wichtiger. Dieses Beratungssystem ist konzeptionell weiter zu entwickeln. Dabei bleibt eine ortnahe Angebot in jeder Stadt unverzichtbar.

- Die **Wohnberatung** ist eine Fachberatung, die Möglichkeiten zur altengerechten Umgestaltung der Wohnungen älterer Menschen aufzeigt, damit diese auch im Falle notwendiger körperbezogener Hilfen/Pflege möglichst selbständig leben können.

Die Wohnberatung hat sich als spezialisierte Fachberatung etabliert und ist weiterhin zu stützen. Mit einer verbesserten Teilfinanzierung durch die Pflegekassen haben die Beratungsstellen inzwischen einen Beratungsschwerpunkt für Demenzkranke geschaffen.

- Mit der individuellen Hilfeplanung im Rahmen des **Fallmanagements** werden Art und Umfang des Hilfebedarfs festgestellt und die Leistungen benannt, mit denen der Bedarf abgedeckt werden kann. Dabei ist auch die Entlastung der pflegenden Angehörigen und anderer Pflegepersonen zu berücksichtigen. Wo es notwendig ist, ist individuelle Unterstützung und Begleitung zur optimalen Versorgung zu gewährleisten.

### **Selbsthilfenetzwerke**

Der Selbsthilfe kommt auch im Bereich der Hilfe und Unterstützung älterer Menschen eine immer größere Bedeutung zu. Sie muss aktiviert, ausgeweitet und unterstützt werden. Professionelle Hilfe sollte nur dann zum Einsatz kommen, wenn fachlich qualifizierte Hilfe erforderlich ist oder im Rahmen der Selbsthilfe keine Möglichkeit besteht.

- **Bürgerschaftliches Engagement**

Zahlreiche Menschen sind freiwillig bürgerschaftlich engagiert, übernehmen Verantwortung im traditionellen Ehrenamt und in neuen Rollen und leisten einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren von Gemeinwesen. Durch ehrenamtliche Ar-

beit wird auch älteren Menschen die Möglichkeit eröffnet, ihren Fähigkeiten entsprechend tätig zu werden und neue soziale Kontakte aufzubauen. Durch ehrenamtliche Arbeit wird das Gesamtsystem der pflegerischen Versorgung ergänzt und gestützt. Sie trägt dazu bei, dass der Verbleib in der häuslichen Umgebung möglich ist.

Das bürgerschaftliche Engagement hat im Gesamtsystem der Versorgung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen einen hohen Stellenwert und soll als eine der Säulen bei der Unterstützung hilfebedürftiger älterer Menschen weiter entwickelt werden. Denkbar ist dabei, soweit noch nicht vorhanden, die Einrichtung von Freiwilligenagenturen in jeder Stadt.

### **Begleitung von pflegenden Angehörigen**

Ein Teil der pflegebedürftigen Menschen muss nicht zuletzt deshalb stationär untergebracht werden, weil pflegende Angehörige oder andere Pflegepersonen überlastet sind.

Deshalb ist ein in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzender Baustein im System der pflegeunterstützenden Maßnahmen die frühzeitige Beratung, Unterstützung und Begleitung der Angehörigen mit dem Ziel der Vorbeugung von Überlastungserscheinungen.

Das Schulungsangebot der Pflegekassen für Angehörige und sonstige an einer ehrenamtlichen Pfl egetätigkeit interessierte Personen (§ 45 SGB XI) dient der Vermittlung von Kenntnissen und deckt das Spektrum der notwendigen Unterstützung allein nicht ab.

Es ist notwendig, dass die Betroffenen die Gelegenheit zum persönlichen Austausch unter fachlicher Begleitung haben.

### **Komplementäre ambulante Leistungen**

Komplementäre ambulante Leistungen sind sog. vorpflegerische und pflegeergänzende Tätigkeiten, die nicht von der Pflegeversicherung finanziert werden. Sie haben in erster Linie die Funktion, die häusliche Versorgung und Pflege zu ermöglichen und zu stützen sowie Angehörige zu entlasten.

Vor dem Hintergrund, dass ein Schwerpunkt der Sozial- und Pflegeplanung die Prävention sein muss sowie auch im Hinblick auf die Unterstützung der gesetzlich festgeschriebenen Prämisse „ambulant vor stationär“ ist die Planung und Bereitstellung

hinreichender vorpflegerischer und pflegebegleitender Dienste ein wichtiger Baustein.

### **Neue Wohn- und Versorgungsformen**

Der demographische Wandel und der Wunsch der Menschen, auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit in der eigenen Wohnung zu leben, müssen sich auch in der Wohnungspolitik niederschlagen. Es wird zunehmend wichtig, neue und zusätzliche Wohn- und Hilfeangebote für pflegebedürftige Menschen und für ältere Menschen, die voraussichtlich in die Pflegebedürftigkeit hineinwachsen, im normalen Wohnungsbau zu verankern und damit Wohnraum für alle Lebenslagen zu schaffen. Neue Wohn- und Pflegeformen sind insbesondere als Alternative zur stationären Pflege in die kommunale Planung einzubeziehen. Insbesondere sollen Hausgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Wohnformen mit individuell zugeschnittenen Service- und Unterstützungsleistungen stärker Berücksichtigung finden. In Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft sollten Ansätze für eine Umwidmung des dafür geeigneten Wohnungsbestandes in altersgerechten Wohnraum sowie darüber hinaus in Pflegewohnungen mit angebundene Dienstleistungen entwickelt werden.

Es bedarf eines weiteren Ausbaus alternativer Versorgungsstrukturen, die verschiedene Wohn- und Betreuungsformen kleinräumig vernetzen.

### **Stationäre Versorgung im Pflegeheim**

Die stationäre Versorgung im Pflegeheim wird durch neue Versorgungsmöglichkeiten nicht überflüssig. Es wird immer pflegebedürftige Menschen geben, die nur in einer solchen Einrichtung eine bedarfsgerechte Pflege erhalten können.

Ziel der sozial- und gesundheitspolitischen Aktivitäten im Ennepe-Ruhr-Kreis sollte es sein, die Pflegequalität in den Pflegeheimen weiter zu entwickeln. Dazu gehören das Zusammenwirken von ärztlicher, pflegerischer und sozialer Betreuung und die Stärkung von Selbsthilfepotentialen der Bewohnerinnen und Bewohner. Auch die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit ausländischer Herkunft sollten stärker berücksichtigt werden.

## **4.6 Gesundheit**

### **4.6.1 Ausgangslage / Probleme**

Die Folgen des demographischen Wandels betreffen natürlich auch das Gesundheitssystem. Es muss sich zunächst in allen seinen Bereichen - Kliniken, niedergelassene Ärzteschaft, stationäre und ambulante Pflege - noch stärker auf die spezifischen Probleme der älteren und speziell der hochbetagten Menschen einstellen (vgl. dazu auch Pkt. 4.5).

Zu seinen Kernaufgaben gehört aber auch die Prävention und damit vor allem auch die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Zu den charakteristischen Merkmalen der demographischen Entwicklung gehört auch die rückläufige Zahl der Kinder und Jugendlichen. Heute wachsen Kinder und Jugendliche unter zunehmend schwierigen gesellschaftlichen Bedingungen auf. Dazu gehören die Einflüsse der Medien- und Konsumgesellschaft, aber auch die sozialen Folgen durch Langzeitarbeitslosigkeit. Nachweisbare Folgen sind Gesundheitsstörungen wie Übergewicht oder Verhaltensauffälligkeiten. Das Übergewicht erhöht schon früh das Risiko für Herzinfarkt oder Schlaganfall sowie die Entstehung einer Zuckerkrankheit mit ernsthaften gesundheitlichen Komplikationen und zunehmenden finanziellen Belastungen für die Krankenkassen.

Die Entwicklungsstörungen haben ihre Ursachen in der Regel schon in der frühen Kindheitsphase. Sie haben vielfältige negative Auswirkungen auf die seelische Gesundheit und die Ausbildung der kindlichen Persönlichkeit. Drei Hauptprobleme sind besonders hervorzuheben:

- Gesundheitliche Auswirkungen von Krankheitswert, die zu hohen Folgekosten im Gesundheitswesen führen,
- Beeinträchtigung der Chancen auf einen qualifizierten schulischen Abschluss und eine Ausbildung mit Zukunft,
- Übertragung der eigenen negativen Erfahrungen in die künftige Rolle als Vater oder Mutter.

Im Rahmen der demographischen Entwicklung wachsen die Belastungen für die jüngere Generation. Die Stärkung der gesundheitlichen Ressourcen der jungen Men-

schen und die Verbesserung ihrer Zukunftsaussichten ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.

Die demographische Entwicklung hat unvermeidbar eine Zunahme der chronischen Erkrankungen zur Folge. Für die Bewältigung der Folgen dieses gesellschaftlichen Prozesses sind Selbsthilfe und Ehrenamt unverzichtbar. In diesem Zusammenhang ist immer wieder festzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger Schwierigkeiten haben, verlässliche und nutzbare Informationen aus dem Bereich Gesundheit und Pflege zu erhalten. Der Überblick über ortsnahe Angebote ist eine wichtige Dienstleistung für Leistungsanbieter und potentielle Kunden. Speziell im Pflegebereich besteht hier noch Nachholbedarf im Ennepe-Ruhr-Kreis .

Der wachsende Unterstützungsbedarf im Gesundheitsbereich, die Zunahme chronischer Erkrankungen und letztendlich der Pflegebedürftigkeit hochaltriger Menschen erfordern eine organisierte Kraftanstrengung der gesamten Gesellschaft. Ausschlaggebend für den Erfolg - auch im Ennepe-Ruhr-Kreis - wird es sein, in welchem Umfang es gelingt, die Zunahme von Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit zu begrenzen. In diesem Zusammenhang gewinnt das Thema Prävention seine Bedeutung. Prävention erhält und verbessert langfristig die Gesundheit der Menschen. Erfolgreiche Präventionsarbeit stärkt den Einzelnen, wirkt sozialen und gesundheitlichen Problemen benachteiligter Gruppen entgegen und entlastet tendenziell die sozialen Sicherungssysteme.

#### **4.6.2 Zielsetzungen**

Insbesondere unter dem Aspekt des demographischen Wandels gilt es, das Gesundheitssystem im Ennepe-Ruhr-Kreis **zukunftssicher** zu machen. Priorität hat die Sicherstellung der Versorgung und Betreuung älterer Menschen mit gesundheitlichen Risiken und Einschränkungen. Dazu kommt die Weiterentwicklung von geriatrischen Dienstleistungen, insbesondere mit den Schwerpunkten Demenz und Prävention von Pflegebedürftigkeit. Von zentraler Bedeutung ist auch die Sicherung der Pflegequalität insbesondere in stationären Einrichtungen sowie die Verbesserung der Kooperation zwischen den Versorgungssektoren.

Im Bereich der **Kinder- und Jugendgesundheit** sind alle Anstrengungen nötig, um die Entwicklungs- und Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen im Kreis zu verbessern. Dies erfordert die Kooperation aller Verantwortlichen aus dem Gesundheitswesen, der Jugendhilfe von Schule und Sozialwesen. Neben der besonderen Förderung von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Gruppen gilt es, insgesamt die betroffenen Familien zu stärken.

Hohe Priorität hat es für den Ennepe-Ruhr-Kreis, die vorhandene Struktur der **Selbsthilfeunterstützung** abzusichern und gezielt weiterzuentwickeln. Unterstützungsangebote vor allen für pflegende Angehörige sollten kurzfristig in größerem Umfang zur Verfügung stehen. Dabei sollten die Angebote in Abstimmung mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern entstehen.

Ein wichtiges Teilziel ist es, die **Information über Angebote und Beratungsleistungen** im Bereich Gesundheit und Pflege möglichst vollständig, örtlich differenziert und mit hoher Zuverlässigkeit verfügbar zu machen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Intensivierung der **Prävention** und der vorausschauenden auf Nachhaltigkeit gerichtete Planungsarbeit im Ennepe-Ruhr-Kreis. Gemeinsame Projekte und Maßnahmen sind für alle Gemeinden und für alle relevanten Bevölkerungs- und Altersgruppen zu entwickeln und zu unterstützen.

#### **4.6.3 Maßnahmen / Leitprojekte**

##### **Kinder- und Jugendgesundheit**

Zu diesem Schwerpunkt werden vom Fachbereich Gesundheit eine Reihe von Projekten entwickelt. Dazu gehören die intensivere Förderung von Kindern mit Entwicklungshandicaps in Kindertagesstätten und im schulischen Bereich. Der Bericht zur Kinder- und Jugendgesundheit stellt umfassend die Probleme der Kinder- und Jugendgesundheit dar und informiert über Beratungsangebote im Ennepe-Ruhr-Kreis. Für die Zukunft haben der Ennepe-Ruhr-Kreis und die Träger der freien Wohlfahrtspflege sich auf die Entwicklung eines Programmes zur Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen geeinigt. Basierend auf der Problemanalyse im Kinder- und Jugendbericht sollen in Kooperation mit den Städten letztendlich Gesundheitsziele Kindergesundheit für den Ennepe-Ruhr-Kreis entwickelt werden. Eck-

punkte sind dabei die Stärkung präventiver Ansätze und die Konzentration auf die Belange von sozial Benachteiligten. Ein Schwerpunkt sind dabei die spezifischen Probleme von Migranten, deren Kinder einen großen Anteil der nachwachsenden Generation darstellen.

### **Gesundheitssystem zukunftssicher machen**

Der Ennepe-Ruhr-Kreis unterstützt seine Kliniken im Rahmen der Krankenhausbedarfsplanung bei der Erarbeitung zukunftssicherer Konzepte und bei der Weiterentwicklung von Angeboten im Bereich der Geriatrie. Er bemüht sich im Rahmen der Gesundheitskonferenz um die Stärkung der Kooperation zwischen den Leistungsträgern und der Abstimmung mit den Bedürfnissen der älteren Bevölkerung.

Der Ennepe-Ruhr-Kreis entwickelt gemeinsam mit den Einrichtungen der stationären Pflege und mit den betroffenen Menschen die Pflegequalität fort..

Zukünftig sollte in den Projekten und Planungen eine stärkere Einbindung der Pflegekassen angestrebt werden. Dies gilt besonders bei den Weiterentwicklungen der Versorgungsstruktur. Dazu gehört die Vernetzung von stationärer und ambulanter Pflege durch Modelle der Überleitungspflege und die Verbesserung der fachärztlichen Versorgung in Pflegeheimen vor allem auf den Gebieten Psychiatrie, Gynäkologie, Urologie, Orthopädie und Zahnheilkunde.

### **Informationen zu den Themen Gesundheit und Pflege**

In der Weiterentwicklung des bewährten psychosozialen Adressbuchs ist die Internetplattform des Ennepe-Ruhr-Kreises [www.gesundheitsportal-en](http://www.gesundheitsportal-en) erarbeitet worden. Sie bietet bereits heute Informationen zur medizinischen Versorgung, über bestimmte Pflegeleistungen und Selbsthilfegruppen sowie Beratungsstellen im Ennepe-Ruhr-Kreis. Sie stellt die Leistungen des Fachbereichs Gesundheit dar und gibt Antworten zu wichtigen Gesundheitsfragen. Die Plattform bietet bisher ungenutzte Chancen zur Entwicklung der Gesundheitsregion Ennepe-Ruhr und für Angebote an Gesundheits- und Pflegeberatung. Die modulare Konstruktion des Portals mit seinen Städteportalen unterstützt die Kooperation, die allmählich ausgebaut werden sollte. Beim Aufbau einer zunehmend integrierten Gesundheitsversorgung sind qualitativ gute Informationsangebote ein wesentlicher Bestandteil der Dienstleistungen und unerlässlich für die Qualitätssicherung.

Das Informationsangebot soll für die Kernbereiche Pflege und Prävention sowie Bürgerberatung weiter entwickelt werden. Wichtige Rahmenbedingungen sind dabei die Unterstützung der Städte und die Kooperation mit möglichst vielen Kompetenzpartnern und die konsequente Ausrichtung auf die Interessen der Nutzer. Dazu gehören vor allem auch chronisch kranke und behinderte Menschen, die Migranten als bisher benachteiligte Gruppe im Gesundheitsbereich und die konsequente Beachtung der Bedürfnisse von Frauen und Männern.

### **Weiterentwicklung der Selbsthilfeunterstützung**

Der Ennepe-Ruhr-Kreis investiert erhebliche Ressourcen in die Unterstützung der gesundheitlichen Selbsthilfe. Er finanziert eine Kontakt- und Informationsstelle für den südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis und unterstützt die Selbsthilfe durch eine Reihe von Instrumenten (Selbsthilfezeitung, Gesundheitsportal-EN sowie kostenfreie Raumangebote). Die Elemente der Patientenberatung und die Selbsthilfeunterstützung für ältere Menschen sollten stärker integriert werden.

Im Ennepe-Ruhr-Kreis existiert eine differenzierte und qualitativ hochwertige Infrastruktur von Beratungsstellen (Gevelsberg - EN-Kreis, Hattingen - Diakonisches Werk, Witten - DPWV). Dieses Netzwerk von Beratungsstellen mit seinem qualifizierten und ortsnahen Service sollte abgesichert werden. Das Beratungs- und Unterstützungsangebot für Pflegebedürftige und die Unterstützung für pflegende Angehörige sollten ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für den Problembereich der Menschen mit Demenzerkrankungen.

### **Vorrang für Prävention**

Die Mitgliedschaft des Ennepe-Ruhr-Kreises im Gesunde-Städte-Netzwerk bietet einen programmatischen Rahmen für die gesundheitliche Entwicklung des Kreises und der Gemeinden im 21. Jahrhundert. Konkret hervorzuheben sind im Gesunde-Städte-Konzept

#### **die ökologische Dimension**

- sichere, ökologisch hochwertige Lebensbedingungen, einschließlich der Wohnqualität,

#### **die soziale Dimension**

- eine sich gegenseitig unterstützende Gemeinschaft und Nachbarschaft

- ein hohes Maß an Einbindung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungen und Entscheidungen, die ihre Gesundheit beeinflussen können
- Arbeit und garantierte soziale Mindeststandards für alle Bürgerinnen und Bürger
- Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger bei dem Zugang zur Kenntnissen, Erfahrungen und Dienstleistungen, die die Gesundheit berühren,

#### die **gesundheitliche Dimension**

- Erhalt und Stärkung der Kommunen in ihrer Individualität. Gesundheitseinrichtungen und Krankenversorgung auf hohem Niveau für alle Bürgerinnen und Bürger
- Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger für bestmögliche Gesundheit und Wohlbefinden

Das Gesunde-Kreis-Konzept bietet eine programmatische Grundlage für eine umfassende und zukunftsgerichtete Planung im Ennepe-Ruhr-Kreis. Es sollte mit den Schwerpunkten Alter, Familien und Kinder und unter stärkerer Beteiligung der kreisangehörigen Städte weiterentwickelt werden.

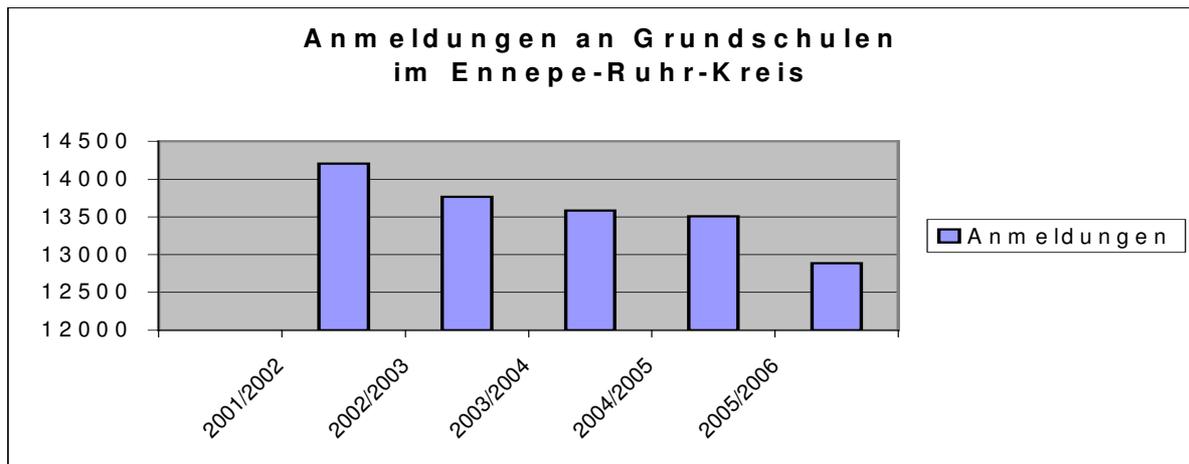
### **4.7 Bildung und Qualifizierung**

#### **4.7.1 Ausgangssituation und Problementwicklung**

Die prognostizierte demografische Entwicklung kann auch im Ennepe-Ruhr-Kreis Veränderungen in der gesamten Schullandschaft mit sich bringen.

Das Schulangebot wird mittel- bis langfristig nicht in dem Umfang aufrechterhalten bleiben, wie es sich heute darstellt. Der Prozess wird schleichend sein, da die Auswirkungen in den Sekundarstufen I (Jahrgangsstufen 5 bis 10) und II (Jahrgangsstufen 11 bis 13) mit entsprechender zeitlicher Verzögerung auftreten werden.

Es zeigt sich bereits jetzt in der Grundschule (Primarstufe -Jahrgangsstufen 1 bis 4 -) ein Rückgang von Schülerzahlen, der sich Zug um Zug auf die weitergehenden Schulen übertragen wird. Gab es zum Schuljahr 2001/2002 noch 14.202 Anmeldungen zur Grundschule, so belief sich die Zahl zum Schuljahresbeginn 2005/2006 nur noch auf 12.887 (minus 1.315 = rd. 9,6 %).



Die Veränderungen in der Schullandschaft betreffen den Kreis in zweifacher Hinsicht: als Schulträger von drei Berufskollegs, einer Gesamtschule und zwei Förderschulen (Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung) und als Schulamt für den Ennepe-Ruhr-Kreis als untere staatliche Schulaufsicht über Grund-, Haupt- und Förderschulen. In beiden Funktionen kann der Kreis steuernd in den vorgenannten Prozess eingreifen und auf die Breite und Qualität des Bildungsangebotes Einfluss nehmen.

Ein breitgefächertes und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot kann mit dazu beitragen, Abwanderungstendenzen abzumildern und den Zuzug zu begünstigen. Ebenso kann es dazu genutzt werden, bei einem hohen Maß an Qualifizierung und Förderung in der schulischen Allgemeinbildung und beruflichen Grund-, Fort- und Weiterbildung, den Wirtschaftsstandort des Kreises zu stärken.

Rückläufige Schülerzahlen in der Primarstufe und den Sekundarstufen können zur Folge haben, dass mittelfristig in den kreisangehörigen Städten Schulschließungen oder Zusammenlegungen, Kooperationen von Schulen in allen Schulformen unausweichlich werden.

Gleichzeitig werden Schlüsselzuweisungen und pauschalierte Zuweisungen, die sich an Schülerzahlen messen, für die Schulträger geringer ausfallen.

Die zunehmend rückläufige Kinderzahl könnte auch dazu führen, dass im Bereich der Musikschulen die Schülerzahlen weiter absinken, wodurch, um Schließungen zu vermeiden, Zusammenlegungen oder Trägerdiskussionen entstehen könnten. Es wird auf Dauer nur schwer möglich sein, ein bestehendes Angebot vorzuhalten, das sich über höhere Gebühren weiter finanzieren lässt.

Auswirkungen des demografischen Wandels sind ebenso bei freien Bildungsträgern nicht auszuschließen, da sich auch in deren Einrichtungen die rückläufigen Schülerzahlen auswirken werden.

#### **4.7.2 Zielsetzungen**

##### **Frühförderung und Integration**

Zeitnahe und aktuelle Untersuchungen zeigen auf, dass im Bildungsbereich Maßnahmen der Frühförderung verstärkt dazu beitragen können, insbesondere die Sprachkompetenz von Kindern zu verbessern. Hierzu sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um insbesondere sozial Schwachen und Migranten bessere Chancen bei der Vermittlung der Sprach-, Lese- und Schreibkompetenz zu bieten. Die grundlegenden Kulturtechniken müssen frühzeitig erlernbar sein, um späterem Scheitern bei der weiteren schulischen und beruflichen (akademischen) Ausbildung entgegenzutreten. Um dies zu erreichen, müssen alle Beteiligten stärker kooperieren und gezielte Maßnahmen abstimmen, um mit den vorhandenen Ressourcen ein Höchstmaß an Erfolg zu erzielen. Der Abbau von Defiziten in der Bildungs- und Sozialkompetenz wird nach allen vorliegenden Untersuchungen entscheidend mit dazu beitragen, Integration zu fördern - und dies sowohl bei sozial Schwachen als auch Migranten.

Einen besonderen Stellenwert werden die Betreuungsangebote für Kinder im Vorschulalter und der Ganztagschulbetrieb einnehmen. Sie dienen nicht nur den Möglichkeiten der frühkindlichen Entwicklung und einer ganztägigen Beschulung (Betreuung) mit entsprechenden Förder- und Betreuungsangeboten. Vielmehr schaffen sie auch mit die Voraussetzungen zur Aufnahme einer Berufstätigkeit der Erziehungsberechtigten.

##### **Berufliche Ausbildung**

Die breitgefächerten vollzeitschulischen Bildungsgänge der Berufskollegs des Ennepe-Ruhr-Kreises werden bei der sinkenden Zahl an Schülerinnen und Schülern langfristig nicht mehr an allen drei Standorten vorgehalten werden können.

Weiter rückläufige Zahlen bei den Auszubildenden führen dazu, dass die Klassenbildungen im Rahmen der dualen Ausbildung auf Kreisebene weiter abnehmen wird und somit Auszubildende aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis in den umliegenden Großstädten beschult werden (Bezirksfachklassen).

Da die Ausbildungsbetriebe den schulischen Partner dann nicht mehr "vor Ort" haben, könnte dies zusätzlich zu weiterem Abbau von Ausbildungsplätzen führen.

Dem gilt es entgegenzusteuern, indem die Angebote der Berufskollegs und die Qualität der schulischen Ausbildung nachhaltig auf einem hohen Niveau gehalten werden. Ferner müssen sich die Schulen als Partner von Industrie, Handwerk und Handel verstärkt an den Erfordernissen der heimischen Wirtschaft orientieren (Kompetenzzentren der beruflichen Bildung).

Auch den Menschen mit Behinderung muss die Möglichkeit einer sinnvollen (beruflichen) Tätigkeit geboten werden und es sind die Voraussetzungen zu schaffen, sie auf ein möglichst selbstbestimmtes Leben vorzubereiten.

### **Weiterbildung / lebenslanges Lernen**

Dem Bildungssystem als Schnittstelle zwischen Lern- und Arbeitswelt fällt zunehmend die Bedeutung zu, die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln.

Neben einer fundierten allgemeinen Grundbildung gilt es die darauf aufbauende berufliche Grund-, Fort- und Weiterbildung nachhaltig sicherzustellen. Den Erfordernissen des Arbeitsmarktes entsprechend sind Lernbedingungen und Lernumfelder zu schaffen und vorzuhalten, die es den Menschen ermöglichen, sich über Bildung und Ausbildung zu qualifizieren - und das lebenslang.

Der Ennepe-Ruhr-Kreis als Träger der Berufskollegs Ennepetal, Hattingen und Witten bildet eine Schnittstelle, da mit diesen Schulen maßgeblich die berufliche Grund-, Fort- und Weiterbildung gewährt wird.

Enge Verzahnungen mit Wirtschaft und Verwaltung sowie Handel und Handwerk müssen sicherstellen, dass sich die Bildungsangebote der Schule an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientieren.

Ferner sind die Voraussetzungen zu schaffen, lebenslanges Lernen zu lernen und zu vermitteln, sowie hierfür die notwendigen Kompetenzen vorzuhalten. E-Learning, Tele-Coaching sowie länderübergreifende Ausbildung werden zunehmend Bedeutung gewinnen, wandelnde Arbeitsprozesse und Strukturbedingungen die Berufsausbildung verändern, zu neugeordneten Berufen und veränderten Ausbildungsbedingungen (zeitlich sowie inhaltlich) führen.

Es gilt, sich entsprechend zu positionieren, und den Wandel erfolgreich zu gestalten. Kompetenzen der Berufskollegs sollten verstärkt genutzt und Informations- und Mei-

nungsaustausch sowie Kooperationen zwischen allen Beteiligten gebündelt sowie vernetzt werden.

#### **4.7.3 Maßnahmen und Leitprojekte**

Die Bildungslandschaft unterliegt bekanntermaßen seit Jahren vielfältigen Diskussionen bezüglich der inneren Ausgestaltung und äußeren Rahmenbedingungen. Ständig sich ändernde Voraussetzungen sorgen für wenig Kontinuität und nachhaltige Verlässlichkeit für alle am Bildungswesen Beteiligte. Das in 2005 verabschiedete Schulgesetz wird in grundlegenden Teilen zum Schuljahr 2006/2007 novelliert.

Es ist jedoch absehbar, dass die Selbstständigkeit der Schulen, Lernstandserhebungen, einheitliche Abschlussprüfungen, Qualitätssicherung der schulischen Arbeit und Schulentwicklung sowie Schulinspektion zu festen Bestandteilen der künftigen schulischen Arbeit gehören. Diese Maßnahmen werden zu einer sich zunehmend auflösenden Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten führen.

Der Einfluss der Schulträger und Schulaufsicht wird vermehrt auf den Schwerpunkten bildungspolitischer Ziele und Beratung sowie Unterstützung liegen, die regional durchaus unterschiedlich sein können.

Die Haupttätigkeitsfelder von Schulaufsicht und Schulträgern werden künftig in Beratung und regionaler Abstimmung sowie Unterstützung, insbesondere in der Rolle von Moderation und Kooperation, liegen. Die Schulträger werden zunehmend gefordert, um die Qualität der schulischen Arbeit und die Qualifizierung der Lernenden durch Sicherstellung einer zeitnahen Ausstattung und die Entwicklung bildungspolitischer Leitziele mit sicherzustellen.

Vielfältige Maßnahmen werden bereits praktiziert, die es aber weiter zu forcieren, zu bündeln und zu koordinieren gilt. Diese liegen insbesondere in der Beratung und Unterstützung bei der Schul- und Medienentwicklungsplanung, der Sicherstellung eines kommunal gleichwertigen Bildungsangebotes unter Berücksichtigung der Lehrerversorgung. Eine große Zahl von Projekten bei der Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft im Sekundarbereich I und II ist realisiert; auch bei den Förderschulen. Verlässliche Ganztagschule ist bereits in großem Umfange bei den Grundschulen und Hauptschulen umgesetzt und wird an und für Realschulen und Gymnasien diskutiert. Die Berufskollegs orientieren sich zunehmend in der beruflichen Erstausbildung, Fortbildung und Weiterbildung an den Erfordernissen und Bedürfnissen der heimischen Wirtschaft, Kooperationen mit Ausbil-

dungsbetrieben und Lernortverbände, internationale Schüleraustausche sind an der Tagesordnung.

Zunehmend wird die Schulaufsicht in die kommunale Bildungsplanung eingebunden, da mögliche Schulschließungen und Zusammenlegungen thematisiert werden.

Investitionsprogramme für die kreiseigenen Schulen, die insbesondere die technologischen Ausstattung zum Inhalt haben, sind mittelfristig mit den Schulen aufgestellt worden. Schulentwicklungen und Zielvorstellungen der kreiseigenen Schulen werden mit der Schulverwaltung gemeinsam erarbeitet.

Zur Zeit wird geprüft, ob eine Beteiligung des Kreises am Projekt "Schulmonitoring" der Universität Bochum geboten erscheint, da dieses eine Vielzahl von Daten bündelt, die für eine regionale Schulentwicklungsplanung relevant sind. Zudem werden strukturelle Rahmenbedingungen wie Schulumfeld und soziale Herkunft berücksichtigt.

Die nachfolgenden Leitprojekte konzentrieren sich auf diese Tätigkeitsfelder.

### **Schulentwicklungsplanung**

Verstärkte Ausrichtung unter den Gesichtspunkten einer inhaltlich, bildungspolitisch geführten Diskussion. Eine laufende Vorhaltung dafür erforderlicher Basisdaten muss sichergestellt sein.

Bestandteile: Bildungsangebote und Bildungsgänge

Fort und Weiterbildung (lebenslanges Lernen)

Schulstandorte (personell, sächliche Voraussetzungen)

Kooperation, Regionalisierung

### **Kreisweites Beratungs- und Unterstützungssystem für Schulen aufbauen und dauerhaft fortführen**

Die vielfältigen Aufgaben von Schule im Rahmen der Erfüllung des gesetzlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages, der zunehmenden Selbstständigkeit und der Schulentwicklung sowie der Profilschärfung werden durch ein zentrales Büro unterstützt.

Denkbar ist die Unterstützung und Beratung als schulformübergreifende Koordinierungsstelle für alle am Schulleben Beteiligten, insbesondere die Schulen selbst und die außerschulischen Partner.

Aufgaben: Fortbildung

Erfassung, Koordinierung, Beratung von/bei Projekten und Projektpartnern

Projektentwicklung und -unterstützung

Lern- und Informationsplattform aufbauen

Frühförderung, Integration

### **Lenkungsausschuss für das Bildungswesen auf Kreisebene**

Ein Gremium, das sich vorbereitend mit kreisweit relevanten Bildungsthemen auseinandersetzt, die die Strukturen aller Schulen im Kreis maßgeblich beeinflussen.

Aufgaben: Abstimmungen zur Schulentwicklungsplanung

Regionale Bildungspartnerschaften

Kooperation Schule/Wirtschaft/Handel/Handwerk

Einmal jährlich Kongress ggf. mit Schulmesse

(wechselnde Schwerpunkte)

Zielvorstellungen zur regionalen Bildungspolitik entwickeln

## **5. Weiteres Vorgehen**

Der hier vorgenommene Versuch, die Auswirkungen des demographischen Wandels speziell für den Bereich des Ennepe-Ruhr-Kreises zu erfassen, den Handlungsbedarf zu definieren und auf die einzelnen Themenfelder 'herunterzubrechen', soll zunächst eine Grundlage für die kreispolitische Diskussion bieten.

Diese muss auch die kreisangehörigen Städte einbeziehen, allerdings in den einzelnen Themenfeldern in unterschiedlichem Maße.

Ergebnis kann ein durch den Kreistag zu beschließendes Handlungsprogramm ('Masterplan') 'Demographischer Wandel' für den Ennepe-Ruhr-Kreis sein, das sinnvoller Weise in jährliche Maßnahmeprogramme umgesetzt werden sollte und sich auch in den Ausweisungen und Schwerpunktsetzungen der jeweiligen Haushalte widerspiegeln muss. Über die Umsetzung des Handlungsprogramms ist dem Kreistag regelmäßig zu berichten; auf der Basis neuer Erkenntnisse und aktueller Entwicklungen ist es fortzuschreiben.

Um die inhaltliche Weiterentwicklung und die Umsetzung zu forcieren erscheint es sinnvoll, für diesen Themenbereich eine/n Verantwortliche/n - eventuell in unmittelbarer Anbindung beim Landrat - zu benennen, die/der die fachübergreifenden Aktivitäten koordiniert.

Als öffentlichkeitswirksamer Auftakt wird vorgeschlagen, im Jahr 2006 eine Fachtagung 'Zukunft des Alters im EN-Kreis' (Arbeitstitel)